

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl Schmidt, Dresden, Hauptstr. 40. U. 2.00 Mk.
Vertrieb: Dresden, Hauptstr. 40. U. 2.00 Mk.
Vertrieb: Dresden, Hauptstr. 40. U. 2.00 Mk.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, das der Verleger der Dresdener Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreise mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Schon
nicht“ monatlich 2.40 Mk., einjährig 24 Mk., Vierteljährig 6.00 Mk.
Sonntag 2 Pf., einjährig 20 Pf., Vierteljährig 5 Pf. Vorbezug nur
am Sonntag 1.00 Mk., einschließlich Post- und Zustellungsgebühren.

Abbestellung: Bettendorfer Str. 25, 251. Dresdener
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Abbestellung: Bettendorfer Str. 25, 251 u. 12 707.
Telefonnummer: Dresden, Bettendorfer Str. 25, 251
Telegraphen-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Abbestellung: Die 30 mm breite Nonpareilzeile 35 Pf., die
60 mm breite Reflameseile 2 Pf., für außerhalb 40 Pf. u. 2.00 Mk.
Abbestellung laut Tarif, Samstagsausgaben, Straßen- u.
Kriegsgebiete 20 Pf., netto. Für Briefmarken, 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 276

Dresden, Freitag, den 25. November 1932

43. Jahrgang

Neues Verräterstück der KPD.

Deutschnationaler Landtagspräsident mit Moskauer Hilfe - Elendes Spiel mit einem Todesurteil

Kenners Klassenkampf

KB, Dresden, am 24. November 1932.

Sein Wort ist scharf genug, um den ungeheuerlichen Verrat anzuprangern, den die kommunistische Fraktion im Landtag verübte, als sie das Präsidium an die Kontroversion von Harzburg auslieferte. In ihrem sturen Dogma haben die Sozialdemokraten es fertiggebracht, einen deutschen Bergwerksdirektor, der mit den Nazis durch und durch geht, auf die Stelle zu setzen, die seit 14 Jahren ein Vertreter der Arbeiter eingenommen hat. Sie haben damit dem Klassenfeind einen Namen von der Art gegeben, wie der Schrei der gequälten Massen im Landtag Ausdruck zu verschaffen, glatt in die Hand zu legen. Und sie haben diesen Klassenverrat in einer so unheimlich häßlichen Form verübt, daß keine andere Charakterisierung dieses Vorganges möglich ist als die: Die kommunistische Fraktion politisch und moralisch in der Gasse!

Verrat ist ja immer gepaart mit moralischem Verfall. Der Verrat läßt, muß immer eine Komödie aufspielen, um über seine wahren Motive hinwegzutäuschen. So war die Politik der kommunistischen Fraktion unter Führung Kenners von Anfang an darauf gerichtet gewesen, zu provozieren, um den Landtagspräsidenten Genossen Wedel in der Wahrung der Geschäftsordnung zu Handlungen zu zwingen, daß sie nachher jagen konnten: einen solchen Präsidenten, der so gegen die Kommunisten vorgeht, können wir nicht wählen. Daß sie sich aber um dieses elenden Zweckes willen das Schicksal des in Obemühl zum Tode verurteilten kommunistischen Arbeiters nicht heraussuchen, daß sie nicht davon zurückschrecken, dieses von ihnen verführte Opfer zum Gegenstand der Mordtat gegen den Genossen Wedel zu machen, zeigt allem die Klugheit auf.

Im Gefängnis zu Obemühl sitzt ein Mensch in der Zelle, dessen Haupt von dem Beil bedroht wird, und der in zitternder Angst darauf wartet, daß ihm von seiner Partei Hilfe werden soll. Die kommunistische Landtagsfraktion aber fabriziert einen ungünstigen Antrag.

Dem verlangt wird, daß die sächsische Regierung dieses Urteil aufheben solle. Die Kenners und Konjoren wissen genau, daß keine Regierung rechtlich imstande ist, das Urteil eines Reichsgerichtes aufzuheben, sondern nur im Ausnahmefalle eine Abänderung des Urteils erwirken kann. Und das nun der sozialdemokratische Präsident im Interesse des zum Tode Verurteilten selbst die Behandlung eines ungünstigen Antrages ablehnen mußte, vollführten die Kommunisten ein Spektakelstück, das in seiner gut bewachten Regie geradezu abstoßend wirkte. Der Präsident wurde von ihnen als Faschistenknecht beschimpft, und als der Genosse Wedel trotz diesen unerhörten Provokationen mit vollendeter Ruhe die Geschäfte weiterführte und dafür sorgte, daß die Sitzung nicht zum Aufliegen kam, schickte Kenners seine Rekruten einzeln vor und ließ sie immer wieder in unflätiger Weise den Präsidenten angriffen. Zwei Kommunisten mußten aus dem Hause geworfen werden, weil sie mit hysterischem Geschrei und mit einer Flut von Schimpfwörtern, unter denen „Dresdau“ noch das schmutzige Wort war, jede Verhandlung unmöglich zu machen suchten.

Als aber der Präsident endgültig Ruhe geschaffen hatte, kam die erste sensationelle Niederlage.

Der Genosse Wedel erklärte klar und bestimmt, daß die Kommunisten bisher überhaupt noch nicht die Forderung auf Behandlung des Antrages in der heutigen Sitzung gestellt hätten.

Daß er ihnen diesen Antrag am Morgen schon mit dem bringenden Ersuchen zurückgegeben hätte, ihn formgerecht abzuändern, damit für das Schicksal des Verurteilten etwas getan werden könne. Ein Sturm der Entrüstung legte durch das Haus, als mit der Feststellung dieser Tatsache das demagogische Manöver der kommunistischen Fraktion entlarvt wurde.

Kenner versuchte dann in seiner Rede vor Präsidentenwahl mit einem ungeheuren Phrasenschauball diese erste Scharte auszuweichen. Aber der sozialdemokratische Redner, Genosse Edel, antwortete in so wirkungsvoller Weise, daß auch der letzte Zweifel über das kommunistische Verhalten zerstreut wurde. Und je klarer er die Taktik der Kommunisten festlegte, die nur darauf ausging, vor der Arbeiterschaft ein Mißverständnis zu bekommen, daß sie nachher durch ihr Verhalten in der Präsidentenwahl Klassenverrat üben würden,

um so stärker wurde das Wutgebrüll in den kommunistischen Reihen. Im Gefühl ihrer unwürdigen Rolle ließen sie eine Kanonade von Schimpfwörtern los, die sämtlich der Gasse entnommen waren. Eine Provokation folgt der anderen, um noch enger salviert zu sein. In eiserner Ruhe aber beherrschte der Präsident die Situation, und es kam zur Wahl.

Nun war kein Ausweichen der Kommunisten mehr möglich. Im ersten Wahlgang erhielt Wedel die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen mit Ausnahme der Nationalsozialisten, Staatspartei und Volksnationalen, während auf den Genossen Wedel außer den Stimmen der eigenen Fraktion noch die Stimmen der beiden letztgenannten Gruppen fielen. Nazis und Kommunisten stimmten für ihren eigenen Kandidaten. Während nun aber in der Stichwahl die Nazis, ihrem bürgerlichen Klasseninteresse folgend, das Gewicht ihrer Stimmen für den Mann der Harzburger Front in die Waagschale warfen,

gingen die Kommunisten zum Klassenfeind über und gaben unglückliche Stimmmittel ab, indem sie abermals ihren eigenen, aus der Wahl schon ausgeschiedenen Kandidaten wählten. Mit drei Stimmen Vorparung siegte der deutschnationale Bergwerksdirektor gegen den Arbeiterkandidaten Wedel.

Während der Auszählung der Stimmen hatten die Kommunisten den Saal verlassen. Als sie zurückkehrten und

das Resultat vernahmen, mochten sie plötzlich so betroffene Gesichter, daß jeder merkte: Die Aktion war nicht programmäßig verlaufen! Sie hatten damit gerechnet, daß auch die Nationalsozialisten aus der bürgerlichen Front ausbrechen würden, und hatten auf diese Kalkulation ihre ganze Taktik aufgebaut. Wie hat Kenners so gestammelt, wie in diesem Augenblick, als er die Schande der Kommunisten zu maskieren versuchte; und als er davon sprach, daß „die reaktionäre Konzentration in diesem Landtag zum Sieg gelangt sei“, da wurden seine Worte erst in dem Empörungsturm, an dem sich sogar die Tribüne beteiligte, die zum größten Teil von erwerbslosen Arbeitern besetzt war. Diese Empörung war so stark, daß die kommunistische Fraktion jede Fassung verlor und sich einer ihrer größten Schreier, der Abg. Weichhorn, dazu verleiten ließ, mit haßerfülltem Gesicht gegen die Tribüne zu polemisieren und ihre Räumung zu fordern. Der Sturm der Tribüne, das war die beste Antwort auf den Verrat der Kommunisten.

Die sozialdemokratische Fraktion trat sofort zu einer Sitzung zusammen und beschloß, sich in Konsequenz ihrer grundsätzlichen Stellung, daß nach dem Stimmverhältnis der Erste Präsident ihr gebühre, an den Wahlen der Vizepräsidenten nicht zu beteiligen. Das Verhalten der Kommunisten ließ keine andere Möglichkeit mehr zu. Die ganze schwere Schuld der Verantwortung dafür, daß die KPD

Hitlers Bankrott

In der eigenen Schlinge gefangen - Der Briefwechsel mit Hindenburg

Der Traum Hitlers, der sich schon als deutscher Reichskanzler gesehen hat, ist zu Ende. Der Reichspräsident hat den Vorschlag, Hitler zum Führer eines Präsidialkabinetts zu ernennen, mit einer scharfen Erklärung abgelehnt. Zugleich ist der Briefwechsel, der zwischen dem 19. und 23. November zwischen der Wilhelmstraße und dem Hotel Kaiserhof geführt worden ist, in vollem Umfang der Öffentlichkeit übergeben worden. Aus dem Briefwechsel ergibt sich die Zwiespältigkeit und Unehrlichkeit der Haltung Hitlers, seines Wollens und der wechselnden Positionen, die er angenommen hat, um sich die Macht zu erschleichen.

Der „große Führer“ Hitler hat geglaubt, diesmal sich als verfassungstreuer Demokrat maskieren zu müssen, um zur Macht zu gelangen. Er selbst hat dem Reichspräsidenten vorgezogen, daß eine parlamentarische Wehrheitsbildung möglich sei, er selbst ist es gewesen, der den Gedanken der parlamentarischen Wehrheitsregierung beim Reichspräsidenten vertreten hat!

Von diesem Augenblick an war sein Schicksal besiegelt, denn in dieser Schlinge, die er sich selbst gelegt hat, ist er schließlich gefangen worden!

Der Reichspräsident hat ihm den festumrissenen Auftrag gegeben, eine parlamentarische Wehrheit zustande zu bringen. Dieser Auftrag ist verlesen worden mit präsidialen Vorbehalten, die einem Manne wie Hitler gegenüber leicht verständlich sind. Der Führer einer wirklichen Verfassungspartei hätte in solchen Vorbehalten keine Schwierigkeiten gesehen! Der Führer einer wirklichen Verfassungspartei, der eine Parlamentarismehrheit hinter sich weiß, hat eine außerordentlich starke Stellung auch gegenüber allen präsidialen Vorbehalten und Bedingungen, er kann selbst den Konflikt mit ihnen durchkämpfen. Hitler aber ist nicht der Führer einer wahren Verfassungspartei! Er will nicht zurück zur Verfassung, er will vielmehr eine Diktatur an die Stelle der anderen setzen. Er hat sich als Anhänger des parlamentarischen Wehrheitsprinzips maskiert! Seine Unterführer waren vermutlich klüger als er, sie haben ihm nach seiner Rückkehr aus dem Reichspräsidentenpalais klar gemacht, daß er auf Glatteis gegangen ist. Und der große Führer mußte schon wenige Stunden nach seiner Unterredung mit Hindenburg oerufen, von seinem eigenen Angebot wieder herunterzukommen!

In dieser Zwangslage wurde nach langem Hängen und Würgen der 7 1/2 Seiten lange Brief Hitlers vom 23. November geboren. Dieser Brief ist ein klassisches Dokument zur

Bestätigung des Sprichworts „Untrue schlägt ihren eigenen Herrn!“ Der Mann, der sich seit Jahren als Diktator Deutschlands ansieht, sich aber dann scheinbar auf die demokratisch-parlamentarische Basis stellt, weiß nun nicht mehr ein und aus. Er hält dem Reichspräsidenten die verschiedensten Argumente entgegen, ungewöhnliche Verfassungsbestimmungen, die in der Hand eines wirklich verfassungstreuen Mannes eine Waffe sein könnten, die bei ihm aber völlig wirkungslos bleiben, da sie nur als Mittel dienen sollen, um seine eigenen diktatorischen Ansprüche zu verbergen. In schreiendem Gegensatz zu diesen Argumenten steht sein positiver Vorschlag: Hindenburg soll ihm zum Reichskanzler machen, er soll ihm Diktaturvollmacht geben. Aber auch hier zeigt sich wieder die klägliche Halbheit, die Verrätwilligkeit der Kafferböhlunge nach allen Seiten hin. Hitler ist nicht nur bereit, Schleicher und Neurath zu schluden,

er will auch eine Reihe anderer Barone aus dem Kabinett des Herrn von Papen übernehmen. Er will seinen Frieden mit den „seinen Leuten“ und ihren Kurs machen, wenn er nur die Reichskanzlerschaft erhält!

Und nun war die Antwort der anderen Seite, die Hitler unerträglich auf seinem eigenen Versprechen der parlamentarischen Wehrheit festhielt, außerordentlich einfach. Sie erfolgte als föhliche Ablehnung der Hitlerschen Vorschläge mit einer Begründung, die den großen Führer in den Augen seiner Anhänger ebenso bloßstellen muß, wie Ablehnung und Begründung vom 13. August! Der große Führer und mit ihm alle seine Unterführer, der gesamte Rat der Kaiserhöhlunge, sind in die Falle gegangen. Sie haben sich in der eigenen Schlinge gefangen, und Augenberg ist Triumphtor!

Das kommt davon, wenn der Diktaturlüsterne sich als Demokrat maskiert! Das kommt davon, wenn die Untrue zum Prinzip der Politik gemacht wird! Die Diktaturräume Hitlers sind entleert, aber auch die demokratisch-parlamentarische Maske ist gründlich gerstört. Nun bietet sich der schwindenden Zahl der Anhänger dieses großen Führers ein jammervolles Bild, nicht nur das Bild einer Niederlage vor besseren Kalkülern, sondern auch ein Bild der Unfähigkeit, der Niederlage aus Subalternität!

Praktisch wird nun ein neues Präsidialkabinett in den Vordergrund treten, damit zugleich aber eine Fortsetzung und Verschärfung der Staatskrise! Die Lehre aus diesen Tagen heißt: Zurück zur Verfassung. Das gilt für die Parteien, das gilt vor allem auch für die Reichshöhlunge!

fische Arbeiterschaft aus dem Präsidium des Landtages ausgeschaltet ist, trifft die Kommunisten.

Und die Folgen? Sie traten unmittelbar ein und zeigten in geradezu tragischer Form, daß die Arbeiterschaft hüben muß, was kommunistischer Verrat heraufbeschwört. Die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung oblag nun dem neuen Präsidium. Und selbstverständlich lehnte dieses Präsidium der Parteien vom Stahlhelm und vom Falkenkreuz es ab, das Todesurteil gegen den kommunistischen Arbeiter in Chemnitz zum Gegenstand der Beratung zu machen. Es nützte nichts, daß der Kommunist Renner stotternd erklärte, er wolle nun — da ja kein sozialdemokratischer Präsident mehr oben saß — den Antrag formgerecht abändern; die Mehrheit lehnte den kommunistischen Antrag ab.

Und nun gab die sozialdemokratische Fraktion ein glänzendes Beispiel dafür, wie man die Einheitsfront für die Arbeiter schafft. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende wies mit ersten Worten darauf hin, daß bei dem heutigen Zustand der Justiz alles möglich sei, auch die Vollstreckung des Chemnitzer Todes-

urteils, und daß der Landtag sofort dazu Stellung nehmen müsse. Während die kommunistische Fraktion, unbeachtet des Schicksals des zum Tode Verurteilten, noch hocherfüllte Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie machte, trug der sozialdemokratische Redner bereits den formulierten Antrag vor, der dann auch als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung angenommen wurde:

Das vom Chemnitzer Schwurgericht gegen den kommunistischen Arbeiter Karl wegen politischen Mordes verhängte Todesurteil ist unter Umständen ersatzlos, die einer dringenden Revision bedürftig. Die Tat selbst kann kaum als ein überlegter Akt begelundet werden, sondern ist aus dem Affekt erfolgt, so daß schwerstenfalls Totschlag in Frage kommen kann.

Die bisher im Deutschen Reich wegen Mordes verurteilten Nationalsozialisten sind sämtlich begnadigt worden. Es liegt das Rechtserkenntnis des Volkes unerträglich verletzten, sollte die sachliche Regierung die Todesstrafe bekräftigen, ganz abgesehen davon, daß der Sachliche Landtag früher schon einen grundsätzlichen Beschluß gegen Todesstrafe gefaßt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt deshalb, die Regierung zu beauftragen:

- 1. unter keinen Umständen eine Vollstreckung des Todesurteils gegen den kommunistischen Arbeiter Karl zuzulassen;

2. die Staatsanwaltschaft zu beauftragen, eine Revision im Urteil zu beantragen und das Urteil selbst nachzugehen.

So haben sich scharf die Konturen abgezeichnet: Die kommunistische Partei liefert wichtige Positionen dem Klassengegner aus — die Sozialdemokratische Partei kämpft im gleichen Augenblick, wo die Kommunisten gegen eine Sache mit der Reaktion machen, um das Leben kommunistischer Arbeiter. Niemals ist die Revolverrolle der Kommunisten so froh in die Augen gespringen, niemals auch ist an einem tragischen Fall so sichtbar geworden, daß das Schicksal der von den Kommunisten verführten Arbeiter an die Kampfkraft der Sozialdemokratie gebunden ist.

Man sollte diese dramatischen Verhandlungen lebend kommunistischen Arbeiter zur Kenntnis bringen. Der von den Kommunisten in den Sattel gehobene Stahlhelmpräsident und der von den Sozialdemokraten verteidigte Kommunist, über dem das Damoklesschwert des Todesurteils schwebt — das ist ein Bild, das sich unauslöschlich auch in die Herzen jener kommunistischen Arbeiter eingraben wird, die noch Klassengefühl in sich tragen.

Briefe, die ihn enthüllten . . .

Ämtliche Feststellungen

Der Kuhhandel um die Reichsfanzlerschaft des Herrn Hitler hat am Donnerstag endlich das erwartete Ende gefunden. Der Reichspräsident hat es abgelehnt, Hitler zum Reichsfanzler eines Präsidialkabinetts zu ernennen.

Ämtlich wird dazu mitgeteilt:

„In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen, und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmacht zu Verfügung stellen solle. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer wieder ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteibildung mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.“

Im Sinne dieser Verlautbarung ist auch der Abgabebrief des Reichspräsidenten gehalten, der Hitler am Donnerstag nachmittag übermittelt wurde.

Hitlers Drang nach der Futterrippe hat also mit der Demotisierung seiner Person und seiner Partei geendet. So wollten es auch die deutschnationalen Partner der Görzburger Front, und so ist es geschehen. Das Frage- und Antwortspiel, das in den letzten Tagen zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Hitlers Hauptquartier, dem vornehmen Luxushotel Kaiserhof, vor sich ging, läßt keinen Zweifel darüber.

Am Donnerstag abend ist dieses Frage- und Antwortspiel veröffentlicht worden. Es umfaßt nicht weniger als 17 Quartseiten, die zum größten Teil von „dem Führer“ bemalt wurden. Aus ihnen erfährt man zunächst, daß Hitler von allem Anfang an bereit war, eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu bilden. Ämtlich wird darüber mitgeteilt:

„In der Unterredung, die am Sonnabend, dem 19. November, zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Verhandlungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werden. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.“

Die Besprechungen mit den Parteien haben zwar niemals stattgefunden, aber daß Hitler sie führen wollte, zeigt von neuem den ganzen Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis der NSDAP. Wahrscheinlich hätte Hitler die Verhandlungen auch geführt, wenn ihn seine „Unterführer“

nicht auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht hätten und ihm schließlich nicht eingeleuchtet hätte, daß ein Mann, der niemals mit den Parteien partiiert, sondern alle persönlich in die Welt unsterblich blamieren würde, wenn er heute das Gegenteil täte.

Am Montag, 21. November, war Hitler zum zweitenmal während der gegenwärtigen Krise bei Hindenburg. Diesmal drückte ihm der Reichspräsident eine formulierte Erklärung in die Hand, in der es wörtlich heißt:

„Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingele, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat.“

Hitler hat auch in der Besprechung vom 21. November seinen Widerspruch gegen die Bildung einer Regierung mit parlamentarischer Mehrheit erhoben, obwohl die Grundzüge seiner Partei und seine grundsätzliche Abneigung gegen den Parlamentarismus einen derartigen Widerspruch hätten herausfordern müssen. Erst am Abend des 21. November, „nach eingehender Aussprache mit führenden Männern seiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens“ (Schacht, Cuno), haben Hitler und seine Kumpane begriffen, um was es sich handelt, und sich mit einem Brief aus der Affäre zu winden versucht, in dem es unter anderem heißt:

„Ein Vergleich der beiden Schriftstücke, das mir gemachten Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits, ergibt in einer Reihe von Punkten einen mit unlösbar erscheinenden Widerspruch.“

Auf einmal fühlte sich Herr Hitler auch nicht mehr als „Parteiführer“, sondern, wie es in dem gleichen Briefe heißt, „als Deutscher“, der nur, „um Deutschland vom Trübsal des Marxismus zu erlösen“, eine Bewegung gründete und organisierte. Aus der Partei ist plötzlich nach der kalten Dusche durch die Unterführer wieder die „Bewegung“ geworden. Aus dem Freund der „parlamentarischen Regierungsmehrheit“ ein Mann, der nichts von Parlamentarismus wissen will und deshalb betont, daß er sich „benutzt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten“ habe.

Raas unterhandelt vergeblich

Dapen hält sich bereit

Die Frage, was nach der Absage des Reichspräsidenten an Hitler werden soll, ist noch nicht endgültig geklärt. Aber schon tauchen im Hintergrunde die Wapen-Barone wieder als neue Regierung auf. Ja es ist keineswegs ausgeschlossen, daß Herr von Wapen höchstpersönlich wiederkehrt. In den letzten acht Tagen hat er alle Regierungen gegen eine parlamentarische Mehrheitsbildung gezogen. Wie die politische Lage zeigt, nicht ohne Erfolg.

Am Donnerstagabend empfing der Reichspräsident zur Besprechung der politischen Lage den Zentrumsführer Raas. Später wurden Eugenberg, der Volksparteiler Dingeldey und der Bayerische Volksparteiler Schäffer in Vertretung des Reichspräsidenten von dessen Staatssekretär empfangen. Weizsäcker unterrichtete die Parteiführer über die Unterredung Hindenburgs mit Raas.

Am Freitag wird der Zentrumsführer Raas nochmals die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung prüfen. Ein offizieller Auftrag ist ihm in diesem Sinne vom Reichspräsidenten nicht erteilt worden. Immerhin verhandelt er im Einverständnis mit Hindenburg. Seine Besprechungen haben bereits begonnen. Er wird dem Reichspräsidenten am Freitagnachmittag über das Ergebnis seiner Unterredungen Bericht erstatten.

Aussicht auf Erfolg dürfte den Unterredungen des Zentrumsführers kaum beschieden sein. Hitler hat bereits erklärt, daß keine „Bewegung“ keine Regierung unterführen werde, in der er nicht Reichsfanzler ist. Eine Mehrheitsbildung der „nationalen Konzentration“ erscheint also von vornherein ausgeschlossen. Eine Mehrheitsbildung anderer Art ist in dem gegenwärtigen Reichstag ebenfalls nicht gegeben. Raas dürfte deshalb dem Reichspräsidenten — davon ist er unseres Wissens selbst überzeugt — am Freitag nachmittag nur mitteilen können, daß seine Besprechungen negativ verlaufen sind. Mit dem gleichen Augenblick hoffen die Wapen-Barone wieder auf der Bildfläche erscheinen zu können.

Wir protestieren deshalb schon heute entschieden dagegen, daß einer Regierung und einem System, die völlig abgewirtschaftet haben, neues Lebenslicht eingeblasen werden soll. Vor allem aber darf ein Mann wie Herr von Wapen, der wegen seiner Reden und Handlungen mit 90 Prozent des deutschen Volkes in Feindschaft steht, nicht wieder-

In diesem zweispaltigen Licht zeigt sich der „Reichspräsident“ auch in seiner Antwort auf die Forderung, die ihm Staatssekretär Weizsäcker über den Unterschied zwischen einer Präsidialregierung und einer Regierung, die sich in erster Linie auf das Parlament stützt, erteilt. Hier gibt es zu, daß er bereit war, sich auch als Reichsfanzler eines Präsidialkabinetts dem Parlament zu stellen, aber nur um eine Mehrheit zu suchen, die ihm ein „Ermächtigungsgesetz“ erteilen würde. Es ist nicht so weit gekommen und wird nicht so weit kommen. Daran werden auch die Höflichkeitstexte in dem Abgabebrief des Staatssekretärs Weizsäcker, daß Hindenburgs Lür jederzeit für Hitler offenstehe, nichts ändern.

Hitlers letzter Schwindel

Auf den Abgabebrief des Reichspräsidenten hat Hitler ebenfalls eine Erwiderung verfaßt lassen. Der ewige Schwärzer muß eben immer das letzte Wort haben.

Diese Erwiderung stellt im Vergleich zu den übrigen Briefen das Letzte dar, was sich Hitler in den letzten Tagen an Verbredungen geleistet hat. In den vorausgegangenen Briefen zeigte er ausführlich auseinander, daß er ein Feind des Parlamentarismus sei. In dem letzten vertritt er wieder den gegenteiligen Eindruck zu erwecken, indem er betont, daß er zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung durchaus bereit gewesen wäre. Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Ich habe zum Unterschied anderer unentwertet die Verantwortung eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volkvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen geschäftlichen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.“

Auf einmal! War der Reichstag für Hitler und seine Kumpane bisher nicht ein „Saufstall“, war die Verfassung trotz allen Legalitätsverklärungen nicht ein „Rechenpapier“, das nicht einen Schuß Pulver wert sei? Aber darüber mögen sich die NSDAP und die KPD zerbrechen. Vielleicht geht ihnen nach der Enttarnung ihres „Führers“ jetzt doch langsam ein Licht auf. Uns interessiert an der letzten Antwort Hitlers lediglich noch, daß er immer „vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt“, gewarnt habe. Auch das ist ein großer Schwindel. Denn schließlich ist der „Reichspräsident“ ein „Rechenpapier“ und was die Hitler-Kumpane allen Republikanern jahrelang an anderen Gewalttatzen angedroht und durchgeführt hat, nicht aus der Welt zu schaffen.

Beratung.

24 Stunden größte Hitlers Beirat über dem Antwortschreiben an den Reichspräsidenten.



„Bedenken Sie, wieviel Anhänger uns abspringen, wenn Hitler wieder nicht zum Jago kommt.“
„Und wieviel erst, wenn er auch nur vier Wochen als Reichsfanzler imtiert.“

Hitler bleibt im Luxushotel

Berlin, 25. Nov. (Sig. Funf.) Hitler wird trotz der Absage Hindenburgs auch in den nächsten Tagen noch in dem vornehmsten Berliner Luxushotel Kaiserhof verbleiben. Er scheint die Hoffnung, daß er schließlich doch noch berufen wird, immer noch nicht aufzugeben zu haben. Am Freitagnachmittag nach der Absage Hindenburgs hatte der Chef der Besprechungen mit Eugenberg und dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Schäffer. In allen Besprechungen kam es Hitler vor allem darauf an, zu beweisen, daß er keine Schuld an dem Scheitern einer parlamentarischen Mehrheitsbildung trage. Er habe dem Reichspräsidenten keineswegs die Bildung eines Präsidialkabinetts als Minderheitsregierung vorgeschlagen. Was will er nun eigentlich?



Der Führer der Zentrumspartei, Dr. Raas

101 Kommunisten

D. Berlin, 25. November. (Sig. Funf.) Der kommunistischen Partei im 23. Wahlkreis (Düsseldorf-West) ist infolge Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zu. Die kommunistische Partei besitzt damit im neuen Reichstag 101 Mandate. Die Gesamtzahl der Reichstagsmitglieder erhöht sich damit auf 555.

Dresdner Chronik

Reichsbahn in Zahlen

Anfang 1932 führten 731 Kilometer Reichsbahngleise über 11 600 Brücken aus Eisen und 532 Kilometer Gleise über 22 200 Brücken aus Stein und Beton. Dazu kommen noch 100 Kilometer Straßenbrücken aus Eisen und 88 Kilometer Straßenbrücken aus Stein und Beton.

Der Schlafwagendienst der Reichsbahn umfaßt rund 100 Schlafwageneinheiten mit 3200 Schlafplätzen in jeder Nacht. In guten Verkehrszeiten schlafen in einer Nacht 2000 Reisende in den hordeaugroten Wagen der Nitropa.

Zur Beförderung von Seefischen dienen besondere Fischzüge mit Spezialfischwagen, die in eigens ausgearbeiteten Sonderfahrplänen verkehren. Ein Seefischsonderzug, der in Sturhaven in der 16. Stunde verläßt, kann schon in der 8. Stunde am andern Tage auf den Empfangsbahnhöfen im Rheinland und im Ruhrland abnahmebereit stehen.

Die 22 000 Dampflokomotiven der Reichsbahn brauchen täglich für die Befuerung über 30 000 Tonnen, d. h. 120 000 Zentner Kohle. Das sind im Jahre 11 Millionen Tonnen oder 20 Millionen Zentner im Werte von fast 200 Millionen Mark.

Im Jahre 1931 hat die Reichsbahn fast 17 Millionen Winterlegungscheine für Gepäckaufbewahrung und über zwei Millionen für Fahrradabwahrung ausgegeben. Eingekommen wurden für diesen Kundendienst rund 4,2 Millionen Mark.

Über 75 Prozent der Fahrgäste der Deutschen Reichsbahn fahren zu ermäßigten Preisen.

Ein Irrtum und seine Folgen

Mit einer Restitutionsklage eines ehemaligen händischen Arbeiters gegen die Stadtgemeinde Dresden hat sich die erste Arbeiterklammer zu beschäftigen. Der an sich seltene Fall einer Restitutionsklage hatte auch eine ungewöhnliche Vorgeschichte. Nach der Feststellung des Klägers aus händischen Diensten stellte sich heraus, daß der Kläger zu niedrig in der Arbeitslosenversicherung versichert war und deshalb zu wenig Unterstützung bekam. Die Unterstützung für 18 Wochen in Höhe von etwa 40 M. hatte er gegen die Stadtgemeinde eingeklagt. Die Klage wurde als unbegründet abgewiesen, und zwar auf Grund eines Beschlusses des Arbeitsamtes an die Stadtgemeinde, in dem das AM. mitteilt, daß der Kläger auch dann keine höhere Unterstützung erhalten hätte, wenn er richtig versichert worden wäre. Später stellte sich heraus, daß sich das Arbeitsamt geirrt hatte und daß der Kläger doch eine höhere Unterstützung hätte erhalten müssen, wenn er in der seinem Lohn entsprechenden Klasse versichert gewesen wäre. Auf Grund dieses neuen Sachverhalts betrieb nun der Kläger die Restitutionsklage gegen die Stadtgemeinde. Inzwischen hatte aber die Stadt dem Kläger freigegeben die Differenz nachgezahlt, aber nur für 14 Wochen, so daß der Kläger die Differenz für vier Wochen strittig war. Das Arbeitsamt hat der Stadt mitgeteilt, daß der Kläger während vier Wochen nicht unter seiner Kontrolle stand und deshalb für diese Zeit seinen Anspruch auf die AU hatte. Der Kläger bestritt aber auch diese Angaben des AM. und legte zum Beweis dafür, daß er vier Wochen in der Stadt gewesen war, seine Stempelkarte vor.

Das Gericht hatte aber keinen Anlaß, nachzuprüfen, ob der Kläger ein Irrtum der AU vorliegt, da die Klage aus formellen Gründen abgewiesen werden mußte. Eine Restitutionsklage ist nur dann zulässig, wenn sie auf eine Leistung gestützt werden kann, die vor Fällung des ersten Urteils entstanden gewesen sein muß. Die Klage, die hier in Frage kam — das Schreiben des AM., daß es sich geirrt habe — war aber erst nach dem Urteil in Erscheinung getreten, so daß die Restitutionsklage auf sie nicht gestützt werden konnte.

Der Irrtum des AM. hatte noch die weitere Folge, daß sich der Kläger eine Beleidigungsklage der Stadt zugezogen hat.

Die Reichshandlungsorganisation homöopathischer Ärzte, G. H., hält am 29. November und 7. Dezember in der 4. Elisabethen-Str. 10, Dresden K. 6, Welfenstraße 8, Zimmer 14, abends Punkt 7 Uhr, öffentliche Versammlungen ab.



Winkel in Altstriesen

Einige der ersten Häuser in Altstriesen, die kurz nach dem Brande von Striesen im Jahre 1813 gebaut wurden. Striesen war in der Schlacht bei Dresden am 25., 26. und 27. August 1813 von den Russen besetzt gewesen und von den Franzosen in Brand geschossen und bei der Eroberung mit brennenden Strohwischen angesteckt worden.

Originalzeichnung von Wilhelm Eiler

Wasser-Heberpumpstation Niederjedlitz

Im Laufe dieses Sommers ist in Niederjedlitz eine Wasser-Heberpumpstation errichtet worden, die für die Wasserversorgung der Dresdner Stadtteile Reuditz, Loschwitz, Riedern und die Gemeinden Niederjedlitz und Sobrigau, also die Ortsteile, die noch heute durch den Wasserwerksverband Loschwitz, dem auch die Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke W. G. seit reichlich zehn Jahren angehört, mit Wasser versorgt werden, erhebliche Bedeutung erlangen wird. Das aus Quellleitungen in der Nähe von Kreischa kommende Wasser wird bekanntlich von einer dort befindlichen Sammelstelle aus in einer etwa 5 Kilometer langen Leitung nach dem im Stadtteil Loschwitz befindlichen Hochbehälter geleitet, von dem aus das Wasser durch Verteilungen nach den einzelnen Ortsteilen und zu den Verbrauchern gelangt. In manchen Jahreszeiten reicht das bei Kreischa gesammelte Wasser nicht aus, um den Wasserbedarf der erheblich dichter besiedelten Wohngebiete sicherzustellen. Außerdem mochten sich die Schneeschmelze und bei plötzlichen Regengüssen sehr häufig Erdringungen des Wassers bemerkbar, die durch die vorhandenen Einrichtungen nicht restlos beseitigt werden konnten.

Durch die neue Heberpumpstation kann diesen unangenehmen Begleiterscheinungen abgeholfen werden, da es nun allerdings möglich ist, im Bedarfsfall aus dem Groß-Dresdner Wasserwerksverbandes Loschwitz zum Leitern, trotzdem dieses erheblich höher liegt, vom Wasserwerk Loschwitz aus kann durch Fernsteuerung das Heberpumpwerk in Niederjedlitz in Tätigkeit gesetzt werden; ein Fernmeldeapparat läßt in Niederjedlitz und auch in Loschwitz eine genaue Kontrolle des Wasserstandes des dann mit Dresdner Wasser auszufüllenden Hochbehälters in Loswitz zu. Das Pumpwerk kann ebenfalls von Loschwitz aus, sobald die Auffüllung des Loswitzer Hochbehälters beendet ist, wieder außer Betrieb gesetzt werden. Erstmals war die neue Anlage Anfang

August in Betrieb, als starke wolkenbruchartige Niederschläge in Dresden's Umgebung zu starker Wassertrübung im Bereiche des Wasserwerksverbandes Loschwitzgrund geführt hatten.

Die neue Heberpumpstation Niederjedlitz, deren Ausbau einschließlich der notwendigen Umstellungen im Rohrnetz annähernd 50 000 M. gekostet hat, wird durch zwei Drehstrommotoren angetrieben und weist zwei Kreiselpumpen mit einer Stundenleistung von je 150 Kubikmeter auf. Die Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben zum Anschluß ihres Hochnetzes an die Heberpumpstation eine 40 Zentimeter starke Leitung mit reichlich einem Kilometer Länge mit einem Kostenaufwand von etwa 65 000 M. ausbauen lassen. Die neue Anlage entspricht den Erwartungen voll und ermöglicht sogar die Zuführung Dresdner Wassers bis nach der Gemeinde Sobrigau.

Sehr veränderlich

Das Wetter der nächsten Woche

Bericht der Meteorologischen Korrespondenz

Das ruhige Hochdruckgebiet der Westküste hat am erwartungsgemäß im größten Teil Mitteldeutschlands den Boden besetzt überhaucht, ist dann aber langsam von nördlichen und veränderlichen Westwetter abgelöst worden, das bis zum Freitag im Osten schon bis zur polnischen Grenze durchgedrungen hatte. Die Vorhersagegenauigkeit kann nach dem letzten Wetterbericht noch gar nicht zu erkennen. Vor acht Tagen war vielmehr noch eine Verschärfung des Hochs erfolgt; so hatten es Hannover, Braunschweig und zahlreiche andere Orte im Nördlichen auf 14 Grad Celsius, in der Gegend von Berlin auf 7 Grad Celsius erreicht. München hatte in der zweiten Hälfte der Vormonat bereits drei Stürme, an denen auch die Höchsttemperatur unter Null gefallen war. Im Vergleich dazu hatte schon Sonntag früh schon 10 Grad Wärme, die Temperaturen waren insgesamt an verschiedenen Stellen im nördlichen Westen auf 10 bis 11, in der Nordhälfte auf 8 bis 9 und in Lirpel — durch einen Sturz auf 10 Grad Wärme.

Die immer geringe Temperaturzunahme der Erdwässer aus dem Tief über der Skandinavien und dem westlichen Mittelmeer, das sich als Randwirbel einer kalteren Zirkulation über dem Nordmeer aufstellte, führte vorwärts zu uns, die auf die kalte Bodenluft aufsetzte, wodurch ein Nebel in der Gegend um Berlin entstand, das Montag früh östwärts schon bis zur Ostsee reichte. Ein starker Niederschlag kam aber nur in einzelnen Teilen Mitteldeutschlands und Süddeutschlands vor. Ein neues, noch kräftigeres Tiefdruckgebiet bei Island, in dessen Zentrum das Barometer bis unter 710 Millimeter sank, setzte heute nacht das Witterungsbild noch veränderlicher und führte die Mitte der Woche erneut zu Regenfällen, deren Mengen aber wieder meist gering waren. Inzwischen war das Maximum der Vormonat völlig aus dem europäischen Wetterbereich zurückgewichen und östlich vom Kaspischen Meer auf asiatisches Gebiet gelangt.

Zur Zeit beherrscht das nur langsam östwärts ziehende Hochdruckgebiet mit einem nur ungeschwächten Randwirbel im Mittelmeer die Witterung fast ganz Europa, während es sehr veränderlich mit zunehmender Neigung zu Schauern und Schauern im Küstengebiet vielfach förmlichen Wellenwinden. In den Gegenden haben die Regenfälle in Schauer überzogen begonnen; mit der zunehmenden Verwirbelung werden die Regenfälle von den Hochs des großen Westwindes werden die Temperaturen allmählich sinken. Ergeben wird es wohl kaum zu einem wirklichen Sturzregen, sondern nur zu Regenschauern und damit auch nicht zu beherrschtem Wetter kommen. Im dem Nordrand des Tiefs wieder sehr kräftig einseitigen Westwindes, der dem Mittelmeer einen intensiven Westwindes gegen die europäischen Küsten, so daß in Westdeutschland neue Niederschläge im Raum zwischen Nordland und Island einleiten dürfte. Es wird auch nach vorübergehender Auflockerung und Abkühlung abermals zu Föhnwind und Regenschauern kommen, und die ganze Großwetterlage nach mehr dem Nordrand als abnehmbarer Seite eine durchgehende Veränderung erfahren dürfte. So haben sich 8. u. 9. von West nach Nordamerikanischen Kontinent wieder ein sehr tiefer Sturmzentrum, in dessen Zirkulationszentrum Temperaturdifferenzen von mehr als 40 Grad verzeichnen, und der demgemäß rasch über den hohen Norden der neuen Welt dem Atlantik aufbrechen wird. Er kann, ganz abgesehen von den zu erwartenden orientalischen Niederschlägen, bereits am die Mitte der Woche bei uns weiterwirken werden, und es scheint, daß der mit dem 1. Dezember einsetzende meteorologische Winter erst ein Regenwinter mit Westwetter werden wird. Im übrigen entwickelt er sich durchaus normal; im arktischen Nordamerika beruhen bereits Temperaturerhöhungen bis zu 24, im Nordosteuropa bis zu 37 Grad Celsius. Im Mittelmeergebiet bestehen bei Temperaturerhöhungen zwischen 10 bis 18 Grad Wärme die winterliche Regenzeit eingeleitet. In Mitteldeutschland überwiegt, wie gesagt, vorläufig der Hochdruckcharakter mit meist bedecktem Himmel, zwischen Null und 10 Grad Wärme schwankenden Temperaturen und großer Veränderlichkeit.

Dresden im Oktober 1932. Nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden ist die Dresdner Bevölkerungszahl im Oktober durch den Wanderungsgewinn gestiegen, und zwar auf 638 407 gegen 637 848 im September. Es ergab sich wiederum ein Geburtenverlust von 151. Die Verkehrszahlen der Straßenbahn und des Kraftomnibus haben gegen den Vormonat zugenommen. Auch die Zahl der Eisenbahnfahrgäste im Dresdner Stadtgebiet stieg von 575 000 auf 590 000. Die Dresdner Wirtschaftszahlen des Statistischen Amtes zeigen im Oktober eine geringe Wässerung des Arbeitsmarktes in fast allen Wirtschaftszweigen. Die städtische Sparkasse konnte einen Vermögenszuwachs von 1,1 Millionen Mark erzielen. Bei den städtischen Werken ist der Umsatz im Oktober etwas gestiegen, während der Nettogewinn gegenüber dem September um 10 Prozent zurückgegangen ist. Im Oktober wurden 8194 Arbeiter, 622 Arbeiter, 12 568 Arbeiterinnen und 8100 Arbeiter beschäftigt.

Großfeuer in einem Dresdner Holzlager

— Passanten der Antonstraße und Bewohner des an der Ecke des Wertplatzes und der Königsbrüder Straße befindlichen Hochhauses bemerkten am Donnerstag, abends gegen 8 Uhr, aus einem am Schnittpunkt der Diagonalen des Straßenkreuzes Königsbrüder, Antonstraße, Turnerweg und Hellerstraße gelegenen Holzgebäudes eine große helle Flamme herausspringen. Sogleich alarmierte ein vorübergehender Motorradfahrer am Neustädter Bahnhof 822 Uhr die Feuerwehr.

Unter Führung von Brandinspektor Böllner rückte sofort der Neustädter Löschzug aus, worauf auf Verlangen der Wirtshausbesitzer erschien und dritter Alarm, also Großfeuer, gegeben wurde. Es rückten daraufhin der Großbrandzug, der Wasserzug, der Schlauchwagen und die erforderlichen weiteren Feuerfahrzeuge aus. Branddirektor Ortloff mit Hilfe der Paul-Liebig- und Stube übernahm sofort die Führung.

Es handelte sich um den Lagerstuppen des Dresdner Auslieferungslagers Turnerweg 23 der Holzplatten-Import-Gesellschaft Brown u. Rosenblum, Berlin,

der eine Länge von 45 Meter, eine Breite von 15 Meter und eine Höhe von ebenfalls 15 Meter hatte. In diesem Stuppen, der mit Sperrholzplatten, Edelholzurnen angefüllt war, befand sich auch das Imbissgut eines Geschäftsführers der Firma, der erst vor kurzer Zeit nach Dresden übergesiedelt war. Schwer war es, an das Feuer, das inzwischen aus verschiedenen Stellen des Daches heraussprang, überhaupt heranzukommen, da der Lagerstuppen, der oben drein ebenfalls auch noch aus Holz bestand, in einem schwer zugänglichen, mit anderen Stuppen, Mauern und Stützpfeilern sowie Säulen umgebenen und verwickelten Gelände errichtet war. Hauptfache war, die an den Stuppenenden des Stuppen sich hingehenden Kleinfelder, die dem Feuer infolge ihrer Beschaffenheit ebenfalls noch besonders gute Nahrung gegeben hätten, zu schütten, da diese mit Holzschutt gefüllt waren. Rechts vom Lagerstuppen befinden sich bekanntlich Kleinfelder, die ebenfalls nicht zu den feuergefährlichsten gehören.

Ein besonderes Glück war, daß Windstille herrschte. Die Feuerwehr bekämpfte das Feuer von drei Seiten. Diese Gegebenheiten waren infolge des besonders schwierigen, da man mit Hilfe von Leitern die schmalen Röhre von rechts und links über die benachbarten Dächer führen mußte. Der Angriff von Feuerweh-

aus gestaltete sich in der üblichen Weise. Wenn es der Feuerwehr mit Hilfe der starken Leitung (B-Rohr) des Großbrandlöschzuges und sieben anderen Leitungen (C-Rohre) gelungen ist, alle umliegenden Gebäude vor Schaden zu bewahren, so muß unbedingt die außerordentlich intensive Arbeit erwähnt werden. Kurz vor 10 Uhr konnte der Großbrandlöschzug zurückgezogen werden, fast zur gleichen Zeit erschien der Fischerer Löschzug zur Ablösung.

Die Arbeiten dehnten sich fast über die ganze Nacht hin aus.

Wachen befinden sich zur Zeit noch am Brandplatz. Das gesamte Lager ist mit ungefähr 50 000 Mark versichert, der entstandene Schaden wird von dem Geschäftsführer auf etwa 30 000 Mark angegeben, der vollkommen verbrannte Holzstuppen ist damit nicht gerechnet.

Unter Führung von Kriminalrat Vogel erschien am Abend der Brandkommission, die in dem benachbarten Kontorraum der Firma sofort die Vernehmungen anstellte. Nach Aussage des Geschäftsführers und dessen Angestellten hat man bis abends 7.30 Uhr eingegangenes Holz abgeladen und darauf den Lagerstuppen verlassen.

Wie das Feuer entstanden ist, ist bis zur Zeit nicht geklärt.

Man muß nach den bisher vorliegenden Umständen mit Fahrlässigkeit rechnen.

Der Abwehrdienst der Polizei hatte wieder einmal reichliche Arbeit. Infolge des weiträumigen Feuerereignisses und da das Feuer an einer verkehrreichen Stelle ausgebrochen war, hatte sich eine zahlreiche Zuschauermenge eingefunden. Die vom Direktor Böllerting der Volkspolizei, der ebenfalls am Brandherd erschienen war, veranlaßte

Alarmierung von Samariterpersonal

verschiedener Verbände erlosch sich als recht nützlich. Tabakhandlung zum Brauen, die sich durch den Rauch Rauchschadstoffe tags anzugewöhnen ließen, gleich am Ort und Stelle die entsprechenden Hilfe guttelt werden, so daß eine Abwehrmaßnahme der Leute unterbleiben konnte. Während der Löscharbeiten mußte noch ein Kleinfeld beim Brandherd beseitigt werden. Das Samariterpersonal leitete die Rettungsarbeiten bis zum Abbruch des Brandherdes.

00
bt
ellung
e von
n be-
Kost-
be-
n, be-
e und
St mit
ahme
vor-
rängt
elobt
Ver-
ein
evor-
Z"
32
a"
70
ing
straße
Novbr.
chen
k-
in kleins
itung
insert
itz.
ungen
die
ilspinn
literatur
neuen
zur
Stfcher
höhe 14.
des
mpel
beson
Lumpen
Für alle
eine Ver-
ge bei
age.

50 Jahre Kampf

D. Bremen, 26. November. (Eig. Drahtber.) Das 50jährige Bestehen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wurde im Rahmen des Bremer Arbeiterkongresses im Volkshaus in schlichter und doch wirkungsvoller Weise gefeiert.

Der Erste Vorsitzende des Verbandes, G. J. J. Bielefeld, in seiner Festansprache die Kampf- und erfolgreiche Arbeit des Verbandes, auf die die freigeordneten Tabakarbeiter mit Stolz verweisen können. Schon in der Revolution von 1848 traten sie als selbständige Organisation auf. Das mühsam aufgebauete Werk wurde von der Reaktion wieder zerstört. Es wurde ein zweites Mal neu aufgebaut. Im November 1892 erfolgte die Gründung eines Reichsverbandes der Tabakarbeiter. In der nächsten Organisation wurde im Laufe der Jahre der Deutsche Tabakarbeiterverband. Die letzten 50 Jahre

verschuldet zu haben. Wir haben wohl die Nationalisierung gefordert, aber wir haben nicht gefordert, daß Produktionsanlagen mit ungeheurem Kapitalaufwand gebaut werden, damit man sie nachher wieder einreißt. Nicht die Nationalisierung, sondern die unvernünftige Organisation der Wirtschaft und die falsche Gewerkschaftsorganisation der menschlichen Arbeitskraft sind die Ursachen des Glucks.

Der Bundesvorstand fordert eine Anpassung der Arbeitszeit an die neue Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, darüber hinaus eine Überführung der großen Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens in die Hand des Staates und ebenso eine Verstaatlichung des Bankwesens. Entsprechende Anträge sind dem Reichstag bereits zugegangen. Diese Forderungen, zu denen auch die

Schaffung eines Tabakmonopols

gehört, können in Verbindung mit einer Entspannung der politischen Verhältnisse nicht nur einer vernünftigen Regelung der Wirtschaft die Wege ebnen, sondern auch dem Staat erhebliche Einkünfte sichern. Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum nicht der Staat die Führung der Wirtschaft übernehmen soll, wenn er aus seinen Mitteln die Wirtschaft ja doch stützen muß. Solange natürlich die Arbeiter unter sich herankatzen, haben die Kapitalisten es leicht, die Reformarbeit der Gewerkschaften zu durchkreuzen.

Schiedsspruch im Berliner Gastwirtsgewerbe

P. Der Schiedsspruch für das Berliner Gastwirtsgewerbe ist in der Urabstimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer angenommen worden. Die Entscheidung der Arbeitgeber steht noch aus. Die Erklärungssfrist läuft bis Samstag mittag 1 Uhr.

Die Annahme des Spruchs erfolgte, um unter allen Umständen eine tariflose Zeit zu vermeiden, weil eine solche den Arbeitgebern die Möglichkeit geben würde, alle die Verschlechterungen praktisch durchzuführen, die sie in den Tarifverhandlungen nicht durchsetzen konnten. Der Schiedsspruch bringt bedeutende Verschlechterungen, so z. B. die Bestimmung, daß in Zukunft die Arbeitszeit nicht mehr durchgehend zu sein braucht, sondern durch Pausen bis zu vier Stunden unterbrochen werden kann; auch bedeutet der Abbau der Garantielöhne in einigen Gruppen für die Betroffenen eine neue empfindliche Belastung. Wenn eine tariflose Zeit würde die Arbeitnehmer vor allem in den kleineren und schlechtorganisierten Betrieben völlig der Willkür der Arbeitgeber ausliefern.



Tragen auch Sie nur Loden-Frey-Mäntel
Es gibt keine besseren!
Beachten Sie unsere zeitgemäßen Preise!

Für Damen: 29.- 34.- 39.- 42.- 50.-
Für Herren: 29.- 34.- 38.- 43.- 53.-

LODEN-FREY

Dresden-A., Johannstraße 12.

Gott glauben, aus Mangel an Religion keinen inneren Halt in der Not hätten. Derselbe Mann, der schwere Strafen gegen Leute beantragt, weil sie die christliche Kirche beschimpft haben, bringt es fertig, Anderendende in der schlimmsten Weise herabzuwürdigen. Weiß dieser Staatsanwalt wirklich nicht, daß es heute in Deutschland viele Tausende von Menschen gibt, die sich in einer wahrscheinlich für ihn kaum vorstellbaren Notlage befinden, und die, trotzdem sie nicht an Gott glauben, ihren inneren Halt nicht verloren haben? Die Anklage des Herrn Staatsanwalts ist durchaus ungebührlich, und ihm müßte schmerzlich von seiner vorgelegten Behörde bedeutet werden, daß nicht nur Kommunisten und Gottlose, sondern auch Staatsanwälte bei Ausübung ihrer Amtspflichten Anklagen zu unterlassen haben, die von vielen ihrer Mitbürger als eine schwere Herabwürdigung empfunden werden müssen.

Leipzig, Zugunfall in Leipzig. — 20 Verletzte. Die Reichsbahndirektion Leipzig teilt uns mit: Am 24. November, nachmittags 4.43 Uhr, fuhr bei der Einfahrt in den Leipziger Hauptbahnhof der aus Berlin kommende D-Zug 80 auf eine im Gleis stehende elektrische Lokomotive auf. Hierbei entgleiste die Lokomotive und neigte sich zur Seite. 20 Personen wurden leicht verletzt. Darunter befinden sich 8 Personen aus Leipzig und Umgebung und ebenfalls aus Berlin und seinen Vororten. Der Zugverkehr wurde nur in geringem Umfang verzögert. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Staatsanwalt, die Sache in das ordentliche Verfahren überzuleiten, da sie noch der Klärung in einer Voruntersuchung bedürftig. Gegen sämtliche Angeklagten, so auch gegen den deutschen Nationalen Geheimrat Tilla, wurden Haftbefehle erlassen.

„Der Mann lügt“

Im Leipziger Landesgerichtsprozeß Bullerjahr wurde am Donnerstag der Zeuge G. a. n. e. vernommen, der im Werk Oberpötte der Berlin-Brandenburger Industriewerke die gleiche Stelle inne hatte wie der Angeklagte Bullerjahr in Wittenau. G. a. n. e. bekam einmal von Gontard den Auftrag, verschiedene Käger der dem Unternehmen angeschlossenen Werke zu kontrollieren und darüber unmittelbar an ihn als Generaldirektor Bericht zu erstatten. Es wurden dem Zeugen zum Ausgleich hierfür große Versprechungen für die Zukunft gemacht. Der Direktor des Werkes Oberpötte, dem der Zeuge davon erzählte, warnte ihn, Herrn v. Gontard zu glauben, und sagte: „Der Mann lügt, wenn er den Mund auf tut.“ Der Direktor des Werkes Oberpötte behielt recht. G. a. n. e. wurde kurze Zeit später entlassen.

Wittrausch

Seattle (Staat Washington), 25. November. Ein Philippiner lief in den Straßen der Stadt Amal und stach eine große Anzahl von Passanten nieder. Insgesamt wurden sechs Personen getötet und mehr als zwölf verwundet, bevor der Mörder ergriffen und kampfunfähig gemacht werden konnte.

Kundfunk

- Sonntag, 26. November
- 14.00: Rundfunkkonzert
 - 14.10: Rundfunkkonzert
 - 14.30: Rundfunkkonzert: Stielen und Balken
 - 15.15: Dr. Schölkopf: Bild in der Geschichte
 - 16.00: Rundfunkkonzert des Mitteldeutschen Rundfunks
 - 16.30: Hamburg: Nachmittagskonzert
 - 18.00: Welt 3 Monaten in einer Schmelzblase. Drei Schülerinnen berichten
 - 18.30: Deutsch Dr. Kunath: Was ist lachend — was ist richtig?
 - 18.50: Gewerkschaften
 - 19.00: O. S. Geiler: Das Licht als modernes Verbess.
 - 19.30: Konradin und Ugoarabie Kriegerged.
 - 20.00: Rundfunkkonzert des Sinfonieorchesters. Dirigent: S. Weber.
 - 21.00: Hantsberg: Winterabend
 - 22.15: Nachrichten
 - 22.45: W. a. n. Zeitschrift: Wasche Weber: Wirtinmaler
 - 10.10: Hamburg: Schlußwort: Am Railkassen des Strohhaus.
 - 11.15: Stunde der Unterhaltung
 - 12.00: Rhythmuskonzerte
 - 12.45: Alle Strept: Frauen stellen sich untereinander.
 - 13.00: Camilla Steiner: Charakter und Schicksal
 - 13.30: Hamburg: Nachmittagskonzert
 - 17.30: Dr. med. Bernheim: Jahrbücher aus dem Jahre.
 - 17.50: S. Geiler: Freude kommt vom Tier — sagt ihm Freude.
 - 18.05: Parag. Ebelin: Die Weltliche Wachenbau.
 - 18.30: Dr. Geiler: Deutsch für Deutsche (Umarmungsdruck).
 - 19.00: Rundfunkkonzert
 - 19.40: Rechtsanwalt Dr. Köhler: Rede und Rede.
 - 20.00: Hamburg: Robert der Letzte. Oper von Wagner.
 - 20.30: G. a. n. e. und G. a. n. e.
 - 21.00: Deutsch: Die Weltliche Wachenbau.
 - 21.30: Hamburg: Die Weltliche Wachenbau.
 - 22.00: Rundfunkkonzert

„Das Proletarische Vaterunser“

Hohe Gefängnisstrafen für Kommunisten

Anlässlich eines Sportfestes des Roten Arbeiter-Sport- und Kulturvereins, in dem die den Kommunisten nahestehenden Organisationen zusammengeschlossen sind, am Abend des 4. Septembers im Saale des Kreisamts in Taubenheim wurde im Rahmen des von dem zwölfjährigen Schulmädchen Elise Schumann aus Ebersbach auf der Bühne in kniender Stellung das Proletarische Vaterunser aufgeführt. Das Mädchen war zusammen mit anderen Mitglieder der „Roten Jungpionier“, Ortsgruppe Ebersbach, und dem Leiter derselben, dem Zimmermann Paul Martin Richter, zu der Veranstaltung gekommen. Der Vorgang war zunächst von den Nazis zu einer politischen Aktion benutzt worden, aber nicht etwa gegen die Kommunisten, die die Veranstalter waren, sondern gegen den sozialdemokratischen Lehrer Richter, der stellvertretender Bürgermeister ist und bei der Veranstaltung der Arbeitergesangverein dirigierte. Lehrerschaft und Schulaufsicht stellten sich aber einmütig hinter Richter, der von der Nationalen Revolution keine Kenntnis hatte und am nächsten Tage höchstens den Sachstand seiner hiesigen Behörde angezeigt hätte. Im übrigen verurteilten Lehrerschaft, Schulaufsicht und die SPD den Vortrag eines solchen Schmähgedichtes und einen derartigen Mißbrauch eines Arbeiterfestes.

ungssfrist zugewilligt hat. Dadurch, daß die Angeklagten ihre Strafe abtun müssen, werden sie und ihre Familien schwer geschädigt, aber werden die beiden sicher nicht gebessert, und ihre Klärung vor einer Kirche, die sich auf diese Weise schuldig läßt, wird sicher nicht größer werden. Fast alle Tage kann man ja beobachten, daß die deutschen Richter schroff, aber auch recht milde sein können, so wenn rauhe Wesen aus der SW. und SS. vor ihnen stehen, die Volksgenossen in roher Weise mißhandelten. Durch die Strafkaten, die man den in diesem Prozeß Verurteilten zur Last legt, ist schließlich kein Mensch geschädigt worden.

Zu härtestem Protest aber gibt das Verhalten des Staatsanwalts Köhler Anlaß. Dieser Staatsanwalt hat in öffentlicher Gerichtsverhandlung, daß Leute, die nicht an

Aus aller Welt

Ein riesenhafter Versicherungsbetrug

Künstliche Krankheiten auf Bestellung

Von 148 Angeklagten, die sich vor dem Gemeinlichen Schöffengericht zu Opelein wegen Versicherungsbetruges zu verantworten hatten, wurden 54 mit Gefängnisstrafen bis zu 50 Karat, sechs zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Verurteilten, durchweg kleine Leute aus Opelein und Chroschitz (im nordwestlichen Teil des Opeleiner Landkreises), haben sich künstlich Krankheiten beigebracht, um von Versicherungsgesellschaften Krankengelder beziehen zu können. Die Betrugsereien liegen bereits mehrere Jahre zurück. Die Summen, um die die Gesellschaften, zumeist Zeitschriftenversicherungen, geschädigt wurden, schwanken bei den einzelnen Angeklagten zwischen 40 und 200 Karat. 150 Personen hatten sich bereits im Einzelverfahren zu verantworten.

Die Methode des Betruges: Einige der Angeklagten schmierten auf künstlich wandgebundene Körperstellen eine für Verstebe bestimmte Gummifolie, die auf dem menschlichen Körper gefährlich aussehende Ausschläge hervorruft. Auf Grund dieser „Erfkrankungen“ liehen sich die Versicherten Anfallstrafen und Krankengelder auszahlen; andere Angeklagte erkrankten Stürze vom Fahrrad oder von der Treppe. Die Väter des Betrugsgebildens waren die Versicherungswerber. Sie verdienen reichlich an den sich häufenden Versicherungsbetrüben, außerdem durch den Verlauf der Pfandfalle, die begrifflichweise ruhenden Absatz fand. Einem mitangeklagten Arzt und einem Heilkundigen wurde zur Last gelegt, daß sie massenhaft Krankheitsbescheinigungen ausstellten, ohne jemals die „Erfkrankten“ und „Berunglückten“ gesehen zu haben. Die Mäße des Gerichts erklärt sich wohl damit, daß das Moment der Durchführung bei den meisten der Angeklagten sehr groß gewesen ist.

Gerechtschaffenheit berät Sebler

Die Polizeipräsidenten Berlin und Stettin beschäftigten sich mit einem Autokillerfall. Mehrere Personen wurden bereits verhaftet. Der Hauptverdächtige, Ruffenhausbürger Erban, Berlin, ist flüchtig. Der Berliner Gerechtschaffenheit berät hat sich dem Polizeipräsidenten Stettin gestellt. Antwort wird beschuldigt, den Gelehrten juristischen Tips gegeben zu haben. Er soll sie auf Grund einer Lüge im Strafgesetzbuch darauf hingewiesen haben, daß man geliehene Autos bei einer öffentlichen Versteigerung gleichmäßig als Eigentum erwerben kann. Die Autokiller haben daraufhin mit Hilfe fingierter Schuldtitel öffentliche Versteigerungen künstlich bezweckt.

Der Hochfahrtschlepperbetrag

Berlin, 25. November. (Eig. Funkber.) Der auffallendste Diebstahl betrug, der am Donnerstag in Berlin gegen eine Reihe hochfahrtschlepper Personen begann, ist zumwärtig verurteilt worden. Der Hauptverdächtige, ein Berliner, ist zumwärtig verurteilt worden. Der Hauptverdächtige, ein Berliner, ist zumwärtig verurteilt worden.

Beide erklärten, daß sie nicht an Gott glauben und nach Karl Marx einen Kampf gegen jede Religion, die nur Opium für das Volk sei, führen. Die Kirche sei ein Werkzeuginstrument gegen die Arbeiter. Sie hätten aber die Kirche nicht beschimpfen wollen. Das Proletarische Vaterunser sei nur für Gleichgesinnte vorgelesen hm. abgedruckt worden.

Staatsanwalt Köhler hielt die beiden einer Beschimpfung der christlichen Kirche für überführt. Er führte aus, daß das Proletarische Vaterunser ein Bestandteil des Gottesdienstes sei. Die Angeklagten hätten aber nicht nur dieses Gebet, sondern die christliche Kirche verächtlich machen wollen. Wenn sie nicht an Gott glauben, so sei das ihre Sache, sie seien aber deshalb behauernter Menschen, die aus Mangel an Religion keinen inneren Halt in der Not hätten. (1) Jede Religionsgemeinschaft werde durch das Gebet geschützt gegen die Bestrebungen der Gottlosen. Seinem Antrag entsprechend verurteilte das Gericht den Zimmermann Richter zu fünf Monaten und den Steinarbeiter Gernitz zu drei Monaten Gefängnis, außerdem wurde beiden eine Bewährungsfrist besagt.

Wir brauchen kaum erst zu sagen, wie wir über dieses Proletarische Vaterunser und das Verhalten der Angeklagten denken. Wer so, wie dies durch dieses sogenannte Proletarische Vaterunser geschieht, die Ueberzeugung und die Empfindungen anderer Menschen verhöhnt, handelt dumm, ja laubdumm, denn er müßte sich fragen, daß er auf diese Weise niemand für sich gewinnen, niemand überzeugen kann. Trag allem ist es sehr übel, daß wir in Deutschland noch einen sogenannten Gotteslästerungsparagrafen haben und daß man mit Hilfe dieses Paragraphen Menschen auf Monate ins Gefängnis schicken kann. Der liebe Gott braucht keinen Schutz durch Gesetzparagrafen. Gerade dem religiösen Menschen sollte die Religion so hoch stehen, daß ihm ein Schutz durch Strafgesetzbuchparagrafen unentbehrlich erscheinen müßte.

Das Urteil, das in diesem Falle über die Angeklagten wegen ihrer allerdings sehr wichtigen Handlungswelt gefällt wurde, ist übermäßig hart, und besonders ungerecht erscheint es uns, daß man den Angeklagten nicht einmal einen

Der neueste Schandstreich der SPD

Sturm im Landtage - Ein deutschnationaler Landtagspräsident mit Hilfe der Kommunisten Das neue Präsidium: Dr. Eckardt (Dnat. Sp.), Dönike (Natsoz.), Dentschel (Wirtschaftspartei)

Dresden, 24. November.

In Sächsischen Landtag, der heute nachmittags 8 Uhr bei außerordentlich starkem Andrang zu den Tribünen zu seiner ersten Sitzung im neuen Tagungsabstufungsausschuss zusammentrat, hielten sich heute infolge des arbeiterverräterischen Verhaltens der Kommunisten unter Mehnert Führung, das jedem Klassenbewußten und denkenden Arbeiter die Schande ins Gesicht schreiben muß, wüste Szenen ab, die ihren Höhepunkt in der Auslieferung des Präsidentenpostens, den seit der Revolution ununterbrochen ein Arbeitervertreter, ein Sozialdemokrat, inne hatte, an einen wackelnden Reaktionsler, den deutschen ehemaligen Bergwerksdirektor Dr. Eckardt, was nur dadurch möglich war, daß die Kommunisten, getrieben von der Parole, daß der Vorkämpfer der Sozialdemokratie ist, dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Unterstützung versagten und so dem reaktionären Kandidaten in den Sattel verhalfen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Herr Renner, einen kommunistischen Antrag an erster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen, wonach die Regierung ersucht wird, das Chemnitzer Todesurteil gegen den Arbeiter Ferdinand Barthl aufzuheben. Die Vogelzählung, die er dazu gab, war aber eine einzige Schand- und Schreie gegen die Sozialdemokratie, wobei ihm seine Freunde eifrig sekundierten. In der Dike des Gefechts verlag er, zu dem Antrag selbst etwas zu sagen. Als seine Redezeit abgelaufen war und er trotz dem Ersuchen des Präsidenten nicht abtrat, wurde ihm das Wort entzogen. Die Kommunisten lärmten und tobten, es lag die Ordnungsrufe, und der Kommunist Schubert, der sich gegenüber dem Präsidenten besonders rüpelhaft benahm, wurde aus dem Saale verwiesen. Das gleiche Schicksal ereilte dann noch den Kommunisten Freitenborn.

Nach Kenntnisnahme von einem Schreiben, daß sich die Volkspartei, der Christlich-sozialen Volksdienst und die Wirtschaftspartei zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, ging es zur

Präsidentenwahl

Herr Renner erklärte, daß die Kommunisten in allen Wahlen wieder für ihren eigenen Kandidaten stimmen würden. Zur Bekämpfung dieser arbeiterverräterischen Taktik mußte er den Plädoyer verapfen, daß die Sozialdemokratie der Entsehung des Hitler-Faschismus den Weg gebahnt habe, die faschistische Sozialdemokratie führe verlogene Wände gegen die proletarische Einheitsfront, der sozialdemokratische Präsident Wedel habe gegen die Nationalsozialisten im Landtage nicht durchgegriffen und dergleichen mehr. Der kommunistische Hauptling verstand wieder einmal ausgezeichnet Theater zu spielen.

Abg. Siegert (Dnat. Sp.) brachte seinen Parteifreund Dr. Eckardt in Vorschlag.

Abg. Edel (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion schlägt wieder Herrn Wedel zum Präsidenten vor. — Zu den Phrasen des Herrn Renner ist zu bemerken, daß sie für uns nicht überraschend kommen, genau so wenig wie das Theater, das vorher gespielt worden ist. (Lärm und Jurufe h. d. Komm. — Abg. Siederer: Wir werden die gleich helfen, du Drecksack, du!) Wir wissen von vornherein, daß, um die brüderliche Grundfrage der Stellungnahme der kommunistischen Partei vor den kommunistischen Arbeitern im Lande einigermaßen verständlich zu machen, wieder einer der bekanntesten parlamentarischen Redner aufgeführt werden würde. (Sehr wahr! h. d. Soz. Leb. Jurufe h. d. Komm.)

Die Agitation der Kommunisten scheint sich nicht, mit den Opfern der Klassenjustiz in diesem Hause Agitation zu treiben.

(Sehr wahr! h. d. Soz., Lärm und Jurufe h. d. Komm. — Hammer des Präsidenten.) Ihr Lärm kann niemand irritieren. Sie haben es darauf abgesehen, zu beweisen, daß Landtagspräsident Wedel gegen die Kommunisten einschreiten soll. (Jurufe h. d. Komm.) Diese Provokation muß als solche unter allen Umständen zurückgewiesen werden. (Lärmende Jurufe h. d. Komm.) Wir haben uns in der schärfsten Form in Sachen und auch in dem Falle von Chemnitz gegen die Klassenjustiz gewandt. (Lärmende Jurufe h. d. Komm.) Es ist ein unerhörter Fall, ein solches Urteil in eine Agitationsrede einzufügen. Dagegen sind wir wehren, ist unsere Pflicht. (Fortgesetzter Lärm h. d. Komm.)

Sachlich hat Herr Renner in keiner Weise recht, wenn er gegen den individuellen Terror weilt, dann ist es interessant, daß eben jetzt Heinz Neumann abgepfiffelt wird, jener Heinz Neumann, der Jochlang der Verbreiter dieses individuellen Terrors gewesen ist (Verhöhnende Jurufe h. d. Komm.), der heute als Falscher entlarvt ist, der Mann, der gestrichen ein Heißer war. (Erregte Jurufe h. d. Komm. — Hammer des Präsidenten.)

Wie unähnlich die Taktik der Kommunisten bei den Präsidiumswahlen hier und in den Gemeinden ist, ergibt sich einmal aus der Tatsache, daß die Gegner sich um solche Rechtspositionen bemühen. Würde es lohnen, daß sie es tun, wenn die Stellungnahme der Kommunisten richtig wäre? Zum anderen ist festzustellen: Herr Renner hat ungefähr zehn Jahre in diesem Landtag die Gelegenheit gehabt, einen umgekehrten Standpunkt zu begründen. Bis vor einigen Jahren ist die Taktik der Kommunisten die gewesen, bei solchen Wahlen einen Sozialdemokraten zu wählen. (Sehr wahr! h. d. Soz.: Wo denn?) Das ergibt sich aus den Protokollen. Und wenn jetzt eine neue Wendung der kommunistischen Taktik befohlen ist, dann richtet sich das von selber. Wenn Herr Renner sich darüber erweilt, daß der von der SPD gestellte Präsident nicht gegen die Faschisten eingeschritten sei, dann stelle ich fest: wenn das geschehen war, war es Herr Renner im Kellerausschuss dieses Hauses, der für die Freilassung oder Wiederherstellung der Faschisten war. (Leb. Hört, Hört! h. d. Soz. — Widerspruch h. d. Komm.)

In dem Augenblick, in dem einmal der Präsident seine Pflichten erfüllen mußte, war es ausgerechnet Herr Renner, der mit Herrn Studentowski eine Einheitsfront bildete und die Maßnahmen des Präsidiums unmöglich machte, indem er im Ausschuss gegen den Ausschluß hnt. für die Zulassung der Nationalsozialisten stimmte.

(Sehr wahr! h. d. Soz.; Lärm h. d. Komm.)

Durch die Tätigkeit der Kommunisten ist die parlamentarische Idee genügend diskreditiert worden. Das Präsidium hat dafür zu sorgen, daß solche provozierenden Ausschreitungen, wie wir sie vorhin erlebt haben, zurückgewiesen werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das hat auch in einer solchen Situation in einem Gemeindeparslament oder früher einmal in Preußen ein Kommunist nicht anders tun können. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Diese Auffassung trant uns von der SPD, die die Meinung vertritt, es genüge in der heutigen Zeit, chaotische Zustände herbeizuführen, weil es dann vielleicht für das Parlament besser werde. (Jurufe des Abg. Renner.) Wenn jetzt das Chaos in der deutschen Republik vorhanden ist, ist es das einseitige Handeln zurückzuführen, daß die SPD durch ihre Unterstützung der antidemokratischen Schritte es verschuldet hat, daß eine verhängnisvolle Wende des Regimes eingeleitet wurde. (Sehr wahr! h. d. Soz.; Lärmende Jurufe h. d. Komm.)

Die Mehrheit ändert nichts daran, daß die beschlossene Stellungnahme der SPD dem proletarischen Klasseninteresse absolut abträglich ist, läuft sie doch darauf hinaus, Rechtspositionen innerhalb des Parlamentes dem Klassengegner zuzugestehen. So wie heute die Kommunisten hier vorgegangen sind, gehen sie überall vor (Sehr wahr! h. d. Komm.), international, national, in Sachsen und in jeder Gemeinde, und so schädigen sie überall die Kraft des Proletariats. (Lärm h. d. Komm.)

Zum Abschluß dieser von den Kommunisten provozierten unergütlichen Auseinandersetzungen gestatten Sie, daß ich mich auf einen beziehe, der die Verhältnisse in dem Lande, wo jene Parolen geboren werden, besser kennt, auf Trappi; (Lärm h. d. Komm.)

In Warschau hat Trotski erklärt: Thomas von Aquino habe den Satz aufgestellt, daß es nur einen einzigen Fehler gebe, den man nicht verzeihen dürfe, nämlich den Fehler der Dummheit. Diesen Vorwurf hat er gegenüber seinem Herrn und Meister Stalin erhoben. Er fällt damit zugleich auf die Jünger dieser Taktik zurück. Wir weisen diese Taktik zurück. Wir werden die Positionen, die möglich sind für die Arbeiterklasse, verteidigen, und sie trotz ihrem Gesetze im Masseninteresse des Proletariats auszunutzen versuchen. (Wahr! h. d. Soz.)

Präsident Wedel stellt fest, daß der kommunistische Antrag gegen das Todesurteil Barthl ihm erst heute unterbreitet worden ist, aber nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei, weil er unmögliches verlange und gegen die Reichsgesetze verstoße. Er habe deshalb den Antrag zurückgegeben, um den Kommunisten Zeit zu lassen, ihn in eine Form zu kleiden, die dem Verurteilten zugute gekommen wäre. (Hört, Hört! h. d. Soz.) Der Präsident weist deshalb die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. (Die Kommunisten hefteten lautstark; Abg. Bödel ruft den Kommunisten zu: Schamlos! h. d. Soz.)

Abg. Basse (Volkrechtsp.) tritt für die Wahl Wedels ein. Es sei Gemeinheitsrecht, daß die härteste Fraktion den Präsidenten stellt. Der bisherige Präsident habe aber nichts getan, was gegen die Geschäftsordnung des Landtags oder gegen die Verfassung verstoßen hätte, er sei jederzeit bemüht gewesen, die Arbeitsfähigkeit des Landtags zu gewährleisten.

Abg. Dr. Freisch (Natsoz.) empfiehlt seinen Parteigenossen Dönike zur Wahl.

Die Abstimmung ergibt, da im ganzen 33 Stimmen abgegeben worden sind, für Wedel (Soz.) 33, Dr. Eckardt

Erklärung der SPD-Fraktion

„Die Wahl des deutschnationalen Abgeordneten, Bergwerksdirektors Dr. Eckardt, zum ersten Präsidenten hat gezeigt, daß der von uns stets vertretene Grundsatz, das Präsidium nach der Stärke der Fraktion und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenzusetzen, um eine objektive Führung der Geschäfte zu ermöglichen, von der Mehrheit dieses Hauses mit Füßen getreten worden ist. Die reaktionäre Harzburger Versammlung im Sächsischen Landtag erneuert zusammenfassend, und die Nationalsozialisten, die eben erst den Wahlkampf gegen die deutschnationale Regierung verloren geföhrt haben, bei der Präsidentenwahl wieder zu den Trabanten der Partei Fugensberg-Papen geworden. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Die Arbeiterklasse Sachsens ist durch die vereinigte Reaktion von dem ihr zustehenden Präsidentenamt im Landtag verdrängt worden. Dieser reaktionäre Sieg wäre nicht möglich gewesen, wenn die kommunistische Fraktion sich nicht zum Steigbügelhalter der Reaktion gemacht hätte. (Leb. Sehr richtig! h. d. Soz.)

In Konsequenz ihrer Stellung verweigert die sozialdemokratische Fraktion darauf, sich an den weiteren Sitzpräsidentenwahlen zu beteiligen. Wer sie wird den Kampf um die Volksrechte und gegen den kommunistischen Betrug der Arbeiterinteressen am so schärfer brauchen im Lande führen.“

Renner zieht nochmals gegen die Sozialdemokratie vom Leber, dann geht es zur

Wahl des 1. Vizepräsidenten.

Gewählt wird der Nationalsozialist Dönike mit 33 Stimmen. Weiter erhalten der bisherige Vizepräsident Freidheim (Staatspartei) 7, Abg. Herrmann (Komm.) 11 und Abg. Ockmann (D. Sp.) 1 Stimme. Ueberdies werden 33 weiße Zettel abgegeben.

Die Wahl des 2. Vizepräsidenten.

Gewählt wird Abg. Dentschel (Wirtsch.) mit 45 Stimmen. Weiter werden 11 Stimmen für den Kommunisten Herrmann und 37 weiße Zettel gezählt.

Am Bartls Kopf?

Während der ersten Pause der gestrigen Landtagssitzung erichten eine Kommission der SPD, die im Auftrag der „Straßenbahner“ mit der SPD zu verhandeln wünschte. Die Genossen Arndt und Kaupisch führten diese Verhandlungen. Die Delegation trug erst sachlich die Forderung vor, daß die SPD-Fraktion sich für die Restierung des Chemnitzer Urteils einsetzen solle. Wolemsich wurden dann einzelne Delegationsmitglieder, die fimgemäß daselbe vortrugen, was der kommunistische Abgeordnete Renner vorher im Plenum bereits in unwahren Angriffen und in Verleumdungen gegen die SPD. hergesagt hatte.

Von unseren Vertretern wurde auf die durch die Schuld der SPD erfolgte Wahl eines deutschnationalen Präsidenten hingewiesen, der — anders wie der Sozialdemokrat Wedel — der Behandlung dieses Antrags weniger Bedeutung beilegen würde.

Mit den Redensarten von „parlamentarischen Wandern“ usw. versuchten einige kommunistische Redner nochmals ihr Erschließen an den Mann zu bringen.

Zum Schluß wurden von unseren Vertretern die Delegierten gebeten, ihren Auftragsgebern mitzuteilen, daß

1. ein Antrag der SPD, den Abgeordneten zur Zeit (17 Uhr) noch nicht vorliegt;
2. falls bei Vorliegen des Antrags der Widerspruch eines Abgeordneten genügt hätte, zu beschließen, daß der Antrag heute zur Beratung kam;
3. die SPD-Fraktion alles tun wird, um den Erfolg des Vorwurfs zu verhindern oder um eine Nachprüfung des Urteils zu erwirken.

(Dnat. Sp.) 31, Dönike (Natsoz.) 13 und Herrmann (Komm.) 11 Stimmen. Daneben werden noch 3 weiße Zettel gezählt. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielte, hat, muß

Stichwahl zwischen Wedel und Dr. Eckardt

stattfinden. Diesmal erhalten Dr. Eckardt 40, Wedel 37, Herrmann 11 und Dr. Wilhelm (Wirtsch.) 1 Stimme. Außerdem werden 3 weiße Zettel gezählt. Da die kommunistischen Stimmen ungenügend sind, ist Dr. Eckardt gewählt.

Dr. Eckardt nimmt die Wahl an und verspricht eine parteiliche Geschäftsführung.

Abg. Renner: Die Wahl kennzeichnet die nationale Konzentration. (Ungehörtter Lärm h. d. Soz., in dem die weiteren Ausführungen des Redners untergehen. Den Kommunisten wird zugerafen: Sie haben doch den Präsidentenposten bestohlen ausgeliefert!)

Abg. Bödel (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Die Rede des Herrn Renner ist ein einziges Verlegenheitsgeschwätz (Sehr richtig! h. d. Soz. — Lärm h. d. Komm.), um den Redner der Kommunisten zu bedeu; denn der Ausfall der Wahl ist nicht programmäßig. (Sehr richtig! h. d. Soz. — Widerspruch h. d. Komm.) Die ganze Taktik der Kommunisten ging dahin, Provokationen herbeizuführen, um damit nach außen hin ein Bild für ihre heutige arbeiterverräterische Haltung zu haben (Lärm h. d. Komm.), um dann nachher sagen zu können, daß der neugewählte Präsident Wedel der Faschistenrecht sei.

Jetzt muß derselbe Herr Renner zugeben, daß die nationale Konzentration ihren eigenen Präsidenten in den Sattel gesetzt hat mit Hilfe der kommunistischen Partei.

(Großer Lärm h. d. Komm.) Denn wenn die kommunistische Fraktion ihre Stimmzettel für den Arbeiterpräsidenten in die Urne geworfen hätte, so wäre der Präsident der Faschisten nicht gewählt worden. — Auch wir sind für eine Unterbrechung der Sitzung.

Die Sitzung wird unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Vizepräsidentenwahlen Stellung zu nehmen.

Im Hause und auch auf den Tribünen herrscht unbeschreiblicher Tumult.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt Abg. Bödel folgende

Zu Schriftführern werden gewählt Hartz (D. Sp.) mit 33, Fischer (Christsoz.) mit 40, Claus (Staatsp.) mit 33, Kaupisch (Soz.) mit 34, Müller (Soz.) mit 34 und Frau Lehmann (Soz.) mit 33 Stimmen.

Es folgt dann noch die Konstituierung der drei Hauptausschüsse. Wie bisher haben den Vorsitz wieder in Prüfungsausschuss Scheffler (Komm.), im Haushaltsauschuss B. Dentschel (Wirtsch.) und im Rechtsauschuss Ockmann (D. Sp.).

Der Präsident Dr. Eckardt, dessen Unfähigkeit sich schon in dieser ersten Sitzung mehr als einmal zeigte, bezamnte die nächste Sitzung auf Dienstag, 29. November, 13 Uhr, an und gab bekannt, daß der Vorstand verschiedene Anträge wegen Abänderung der Gemeindeordnung auf die Tagesordnung gesetzt habe.

Abg. Kaupisch erhob gegen diese Tagesordnung Widerspruch und beantragte dafür die Beratung der sozialdemokratischen Anträge, die eine Aussprache über die politischen Verhältnisse in Sachsen herbeiführen sollen.

Abg. Siegel (Komm.) verlangte noch die gleichzeitige Behandlung einiger Anträge seiner Fraktion.

Abg. Bödel (Soz.): Es ist eine Folge des taktischen Verhaltens der Kommunisten bei der Präsidentenwahl, daß das Präsidium nicht schon zu dem Antrage wegen des Chemnitzer Todesurteils Stellung genommen hat. Die Kommunisten sind also selbst schuld daran, wenn der Antrag nicht zur Verhandlung kommen soll. Um die Beratung der Angelegenheit doch zu ermöglichen, haben wir einen eigenen Antrag eingbracht, der die Regierung beauftragt, unter freies Annehmen eine Restierung des Urteils auszulassen und eine Nachprüfung des Urteils vorzunehmen. Wir beantragen, diesen Antrag am Dienstag mit zu behandeln.

Mit 42 gegen 41 Stimmen wird die Tagesordnung des Hauses abgelehnt und darauf die Tagesordnung gemäß den Anträgen Kaupisch und Bödel genehmigt.

Die kommunistischen Anträge werden dagegen abgelehnt.

Die Sozialdemokratie will helfen

Landtagsvorstand die Behandlung dieses Antrags erlangt. Ein solcher Antrag der SPD, lag aber um 19 Uhr noch immer nicht vor!

Im Plenum beantragte der Sprecher der Sozialdemokratie die Behandlung dieses Antrags, und als der Kommunist Siegert zugab, daß die SPD. einen solchen Antrag „noch formulieren“ würde, griff sofort wieder ein Redner der SPD ein und verlas einen in der Zwischenzeit formulierten eigenen Antrag, weil sonst, wenn ein solcher sofort eingebracht, die Behandlung desselben nur möglich würde, wenn kein Abgeordneter widerspricht.

Die SPD, hat also erwirkt, daß — während die Kommunisten noch „formulieren wollten“ — schon am nächsten Dienstag der Fall des zum Tode verurteilten kommunistischen Arbeiters Barthl zur Verhandlung kommt.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, mit dieser Tätigkeit nach Art der Kommunisten politische Propaganda oder gar Klamauk zu machen. Man sieht auch an diesem Beispiel wieder, daß die Kommunisten außer viel Lärm und wüsten Schimpfereien gegen die SPD. nichts gemacht haben, um einem der ihren zu helfen. Barthl soll ja schon vor Gericht erklärt haben, daß ist seine Partei im Stich gelassen habe. Western war die Selbstlosigkeit Zeuge, daß die SPD. in gemeinfter Weise rüpelärmte, aber jeden ernsthaften Versuch zu helfen unterließ. Die SPD-Fraktion erfüllt auch in diesem Falle nur ihre selbstverherrlichende menschliche und sozialistische Pflicht, zu deren Erfüllung es weder des wüsten Lärmes der kommunistischen Fraktion noch der Entsendung der beauftragten Delegation be-

Kleiner Mann — was nun?

Von HANS FALLADA

Copyright 1952 by Rowohlt-Verlag, Berlin

„Nicht jeder hat's in Ordnung gefunden.“
„Na, fast jeder, junge Frau. Der Mensch ist so, er lernt nichts an, er macht immer wieder dieselben Dummheiten. Ich hab' Sie ja schon oft gesehen.“
„Nachmann macht eine Pause. „Ich zieh nämlich auch wieder zu Ihrer Schwiegermutter.“
„Nimmchen sagt abgernd: „Ja, Herr Nachmann, Sie wissen's ja wissen. Vielleicht ist es auch gar nicht dumm. Sie sind ja so klug.“
„Natürlich ist es dumm“, sagt Nachmann böse. „Sauerbrot ist es! Sie wissen ja gar nichts, junge Frau! Sie haben ja keine Ahnung! Aber lassen Sie mich.“
Er verfinstert in Nachdenken.
Nach einer langen Zeit sagt Nimmchen: „Sie müssen nicht warten, Herr Nachmann. Der Jahn-Uhr-Zug ist jetzt schon durch. Ich glaube wirklich, der Junge ist heute nacht ausgebrochen. Er hatte auch ein bißchen viel Geld mit.“
„Wie? Viel Geld? Haben Sie noch viel Geld?“
Nimmchen lacht: „Was wir viel Geld nennen, Nachmann. Fünfundzwanzig Mark. Da kann er schon gut ausgeben.“
„Das kann er“, sagt Nachmann trübe. „Und wieder ist lange Stille.“
„Nach einer Weile hebt Nachmann wieder den Kopf: „Wachen Sie sich Sorgen, Nimmchen?“
„Natürlich mache ich mir Sorgen. Sie werden nachher leben, was die in zwei Jahren aus meinem Mann gemacht haben. Und er ist doch wirklich ein anständiger Herr.“
„Ja er.“
„Es wäre nicht nötig gewesen, daß sie so auf ihn rumgetrampelt haben. Wenn er nun auch noch mit Trinken anfängt.“
Nachmann denkt nach. „Tut er nicht“, sagt er. „Binneberg hat immer so was Frisches gehabt. Saufen ist Schmutz und Dreck, tut er nicht. Ja, mal austrinken, aber nicht wirklich trinken.“
„Der Halb-Uhr-Zug ist auch durch“, sagt Nimmchen. „Nicht bekomme ich Angst.“
„Wissen Sie nicht“, sagt Nachmann. „Binneberg heißt sich durch.“
„Durch was?“ fragt Nimmchen böse. „Durch was heißt er sich durch. Das stimmt ja alles nicht, was Sie sagen, Nachmann. Das ist ja nur Trost. Das ist ja gerade das Schlimme, daß er hier draußen sitzt und nichts hat, worum er kämpfen kann. Er kann nur warten — worauf? Auf was? Auf gar nichts! Warten... sonst nichts.“
Nachmann sieht sie lange an. Er hat seinen großen Vorkopf Nimmchen ganz zugedreht, er sieht sie voll an. „Sie müssen nicht immerzu an die Bahn denken, Nimmchen“, sagt er. „Ihr Mann kommt wieder. Der kommt bestimmt wieder.“
„Es ist nicht nur das Trinken“, sagt Nimmchen. „Trinken wäre schlimm, aber nicht sehr schlimm. Aber sehen Sie, er ist ja so kaputt, irgend was kann ihm passieren — er war heute bei dem Putzere, der kann gemein zu ihm gewesen sein so was schmeißt ihn um heute. Er kann nicht mehr viel aushalten heute, Nachmann, er kann...“
Sie sieht ihn groß an, ihre Augen sind sehr weit offen. Plötzlich füllen sich diese Augen mit Tränen, groß und hell, kommen sie die Wangen herunter, der sonst, starke Mann beginnt zu zittern, wird haltlos. „Nachmann“, flüstert sie. „Er kann...“
Nachmann ist aufgestanden, er steht halb hinter ihr, er blickt sie an den Schultern. „Nicht, junge Frau, nicht!“ sagt er. „Das gibt es alles...“ Sie macht sich plötzlich frei. „Sie fahren besser nach Haus. Sie verlieren Ihr Geld mit dem Warten. Wir sind nun einmal im Unglück.“
Nachmann antwortet nichts. Er geht zwei Schritte hin, drei Schritte her. Auf dem Tisch liegt die Blechschüssel von den Zigaretten mit den alten Spitzkarten, die der Murrel so liebte.
„Wie haben Sie gesagt“, fragt Nachmann, „daß der Junge die Karten nennt?“

„Welcher Junge? Ach so, der Murrel! Na — ja sagt er dazu.“
„Soll ich Ihnen mal die Na — ja legen, die Karten legen?“ sagt Nachmann und lächelt. „Lassen Sie auf, Ihre Zukunft ist ganz anders, als Sie denken.“
„Lassen Sie schon“, sagt Nimmchen. „Es wird ein kleines Geldgeschenk ins Haus liegen, das ist die Krisenunterstützung von nächster Woche.“
„Ich bin im Moment nicht sehr klüffig“, sagt Nachmann. „Wer achtzig Mark, vielleicht neunzig Mark würde ich Ihnen gerne geben.“ Er verbessert sich. „Leihen, pumpen meine ich.“
„Es ist nett von Ihnen, Nachmann“, sagt Nimmchen. „Wir könnten es brauchen. Aber wissen Sie, Geld hilft nichts. Durch kommen wir schon. Geld hilft zu gar nichts. Arbeit helfen, ein bißchen Hoffnung würde dem Jungen helfen. Geld? Nein.“
„Ist es, weil ich wieder zu Ihrer Schwiegermutter gehe?“ fragt Nachmann und sieht Nimmchen sehr nachdenklich an. „Auch“, sagt Nimmchen. „Auch. Ich muß alles wegnehmen von ihm, das ihn noch mehr quält, Nachmann. Das verstehen Sie doch.“
„Versteh ich“, sagt Nachmann. „Aber in der Hauptsache ist es“, sagt Nimmchen. „weil es ja nichts hilft, das Geld. Ein bißchen besser durch sechs, acht Wochen leben, was ändert das? Nichts.“
„Vielleicht kriegt er 'ne Stellung für ihn“, sagt Nachmann nachdenklich.
„Ach, Herr Nachmann“, sagt Nimmchen. „Sie meinen es so gut. Aber geben Sie sich keine Mühe, wenn es jetzt wieder kommt, darf es nicht wieder mit Schwindel und Lüge kommen. Der Junge muß raus aus der Angst, muß sich wieder frei fühlen.“
„Ja...“, sagt Nachmann betrübt. „Wenn Sie heute auch noch solchen Luxus wollen, ohne Schwindel und Lüge... das kann ich freilich nicht!“
„Sehen Sie“, sagt Nimmchen eifrig. „die andern stehlen sich hier Geld für die Feuerung. Wissen Sie, ich finde das gar nicht schlimm, aber ich habe zu dem Jungen gesagt, du darfst das nicht. Er soll nicht runter, Nachmann, er soll nicht! Das soll er behalten. Luxus — ja, vielleicht, aber das ist unser einziger Luxus, den halt ich fest, da passiert nichts, Nachmann.“
„Junge Frau“, sagt Nachmann. „Ich...“
„Sehen Sie mal den Murrel in seinem Bettchen. Und nun kommt es vielleicht wieder besser, und der Junge rappelt sich wieder auf und hat eine Stellung und eine Arbeit, die ihm Spaß macht, und verdient wieder Geld. Und da soll er immer denken: das hast du gemacht und so bist du gewesen. Es ist nicht das bißchen Geld, Nachmann, es sind nicht die Gesetze — was sind denn das für Gesetze, daß sie uns alles straflos zerklagen dürfen, und wir sollen wegen drei Mark Gold ins Kittchen —? Da lach ich drüber, Nachmann, das ist keine Schande...“
„Junge Frau...“, will Nachmann wieder anfangen.
„Aber der Junge kann's nicht“, sagt Nimmchen eifrig. „Der ist wie sein Vater, der hat nichts von seiner Mutter. Mama hat es mir ja zehnmal erzählt, was für ein Pitterhannes sein Vater gewesen ist, erst mit seiner Arbeit als Bürovorsteher beim Rechtsanwalt, alles hat genau sein müssen bis aufs Littelchen. Und dann mit seinem ganzen Privatleben. Wie er losgelaufen ist am Abend, wenn am Morgen eine Rechnung gekommen war, und hat sie sofort bezahlt. „Wenn ich sterbe“, hat er gesagt, „und die Rechnung kommt weg, kann einer sagen, ich bin ein unehrlicher Mann gewesen.“ Genau so ist der Junge. Und darum ist es kein Luxus, Nachmann, das muß er behalten, und wenn er jetzt manchmal denkt, er kann sein wie die andern: er kann nicht. Er muß sauber bleiben. Und dafür wolle ich auf, Nachmann, deswegen nimmt er keine Stellung wieder an, die auf Schwindel aufgebaut ist.“
„Was tu ich noch hier?“ fragt Nachmann. „Was ist ich hier? Auf was wart ich hier? Hier ist alles richtig. Ihr Mann geht in Ordnung. Sie sind richtig, junge Frau, Sie sind goldrichtig. Ich fahr nach Haus.“
Aber er fährt nicht, er steht nicht einmal auf von seinem Stuhl, er sieht Nimmchen groß an. „Heute morgen, sechs Uhr, Nimmchen“, sagt er. „bin ich aus dem Kittchen entlassen worden. Ich hab ein Jahr abgerissen, junge Frau“, sagt Nachmann.
„Nachmann“, sagt Nimmchen. „seit Sie damals wegblieben in der Nacht, hab ich mir immer so was gedacht. Nicht gleich, aber es war doch möglich. Sehen Sie“, Nimmchen weiß nicht recht, wie sie es sagen soll. „Sie sind doch so...“
„Natürlich bin ich so...“, sagt Nachmann.
„Zu den paar Menschen, die Sie mögen, sind Sie nett, und zu allen anderen sind Sie wahrscheinlich gar nicht nett.“
„Stimmt!“ sagt Nachmann. „Sie mög ich, junge Frau.“
(Schluß folgt)

Der Kinderkreuzzug

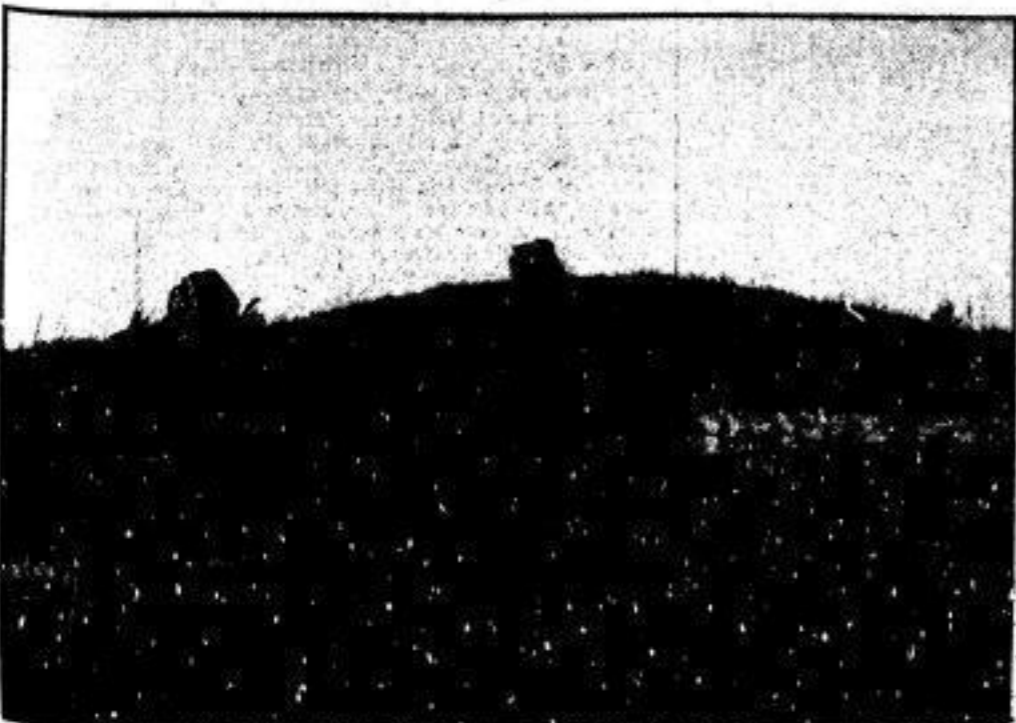
Ein weltgeschichtlicher Wahnsinn

Es war im Juni des Jahres 1912. In einem französischen Dorf war plötzlich ein Knabe aufgestanden und hatte erklärt, Gelandter Gottes und berufen zu sein, das Heilige Land, das sich trotz vier großen Ritterzügen noch immer in den Händen der „Ungläubigen“ befände, für die Christenheit zu erobern. Er habe überirdische Erscheinungen gehabt, und Gott selbst habe ihm gesagt, er möge sich an die Spitze eines Kinderheeres stellen und den Zug ins Morgenland unternehmen.
Und bald tauchten an vielen Orten Frankreichs und später auch Deutschlands Knaben auf, die Scharen größerer Kinder um sich sammeln und unter Beten und Singen zu dem französischen Wunderknaben stießen. „Zu Gott über Meer!“ oder „Ins Heilige Land!“ war die Losung dieser Kinderheeren. Nun hatte es freilich befohrene Bewilligung und auch befohlene Eltern genug gegeben, die diesem sonderbaren Beginnen mit der größten Sorge zuzusehen, doch tauchten ebenso bald gewichtige fröhliche und weltliche Stimmen auf, die allen Ernstes erklärten, Gott habe mit diesen Kindern ein Wunder vor; ihrer Unschuld werde das gelingen, was dem wiederholten Verjuche „sündhafter“ Erwachsenen nicht geglückt sei. Und scharf und mit der Drohung ewiger Seelenpein wurden schließlich die getadelt, die sich dem Beginnen der Kinder in den Weg stellen wollten. So nahm das Schicksal seinen Lauf.
Dreißigtausend französische Kinder sammelten sich nach und nach um ihren Führer, den Diktator Stephan, der, pompös angezogen, auf einem Wagen dem Zuge vorausfuhr. Aus Deutschland stiegen gegen 20.000 Kinder dazu. Die Fahrt übers Meer machten die Jüge getrennt voneinander. Begünstigt wurden diese

jugendlichen Dampfer- und Fliegerzüge besonders durch die in jener Zeit vielfach im christlichen Europa grassierenden religiösen Epidemien. Prediger und Bettelmönche zogen im Lande umher, Geisteskur und toller Aberglaube machten sich breit, an religiösen Verzückungen und eingebildeten „Erscheinungen“ war kein Mangel. So war es nicht verwunderlich, daß sich dem Vetterzuge selbst mißbrauchter Kinder auch eine große Schar von Geisteskranken anschloß: Tagediebe, Verbrecher und Dirnen und auch mehrere Geisteskranken, heimat- und wurzellose Gestalten und Abenteuerlustigen.
Nach langen Wärtchen war das französische Kinderheer bis in die Hafenstadt Marseille gelangt. Hier boten sich einige Kaufleute an, für die Heberfahrt auf Schiffen zu sorgen. Gegen Gotteslohn, wie sie sagten, im Wirklichkeit sollen die Betroffenen von Anfang an die Absicht gehabt haben, an dem phantastischen Kinderunternehmen auf schändlichste Art Geld zu verdienen. So viel die Chronik weiß, ist einem Teil der Kinder vor der Heberfahrt bange geworden, und sie sind in ihrer Heimat zurückgekehrt. Einige Schiffe sind unterwegs verunglückt und Tausende von Kindern dabei ertrunken. Die übriggebliebene große Zahl aber wurde in Ägypten auf Sklavenmärkten verkauft. Mehrere Tausende an den Hof des Kalifen verkauft, Kinder sind später auf Veranlassung des damaligen deutschen Kaisers wieder freigegeben worden. Die verbrecherischen Kaufleute sollen gehängt worden sein.
Der aus Deutschland, vornehmlich der Rheinegend stammende Trupp kam, mit allerlei Gefindel besetzt, nach vielerlei Beschwerden über die Alpen, um über Italien ins gelobte Land zu gelangen. Doch wurde ihnen in Genoa von vornherein die Stadt verweigert, und in Triest verhielt sich der dortige Bischof ihrer Einschiffung. Die italienische Behörde, die den grandiosen Zug dieses „Kinderkreuzzuges“ erkannte, trieb die Scharen zurück, so daß den Kindern und ihrem Trost nichts übrigblieb, als unter tausend Qualen und Entbehrungen die Heimreise über die Alpen anzutreten.
Dieser Kindermarsch in die Heimat hatte etwas Bergreisefestes an sich. Hungernd, durstend, frierend, von Seuchen geplagt, zogen die Kinder. Wer nicht mehr mitkommen konnte, der blieb am Wege liegen. Manche suchten unterwegs im Lande zu bleiben, Mädchen fielen in trostloseste Schande, wieder andere verdingten sich in ihrer Not zu harter Arbeit. Viele Tausende kamen, von Rot und Wund geschwächt, in den Alpen um. Auch der Papst hatte keine Hilfe für diese jugendlichen Schwärme, die doch für eine „göttliche Idee“ mißbraucht worden waren. Kalt überließ man sie ihrem traurigen Schicksal. Nach langer, trüber Irrfahrt kam, das nackte Leben durch Betteln, Arbeiten und Stehlen fröhlich, der Rest wieder in der deutschen Heimat an, die meisten durch Krankheit und Hunger ruiniert, aber gesund von dem Zuge, den unvernünftige Geistliche, Laien und Beduonen nicht rechtzeitig erkannt und unterbunden hatten.

Kreuzzugsgräber in Eshfen

Zwei Hügel bei dem schiffchen Dorf Eshfen bei Großenhain, unter denen durch Grabungen jetzt eine umfangreiche Totenstätte aufgefunden wurde. Hier ruhten über 8000 Jahre verstorben. Die Begräbnisstätte, die aus der Bronzezeit stammt, besteht aus einem Steinkreis von 16 m Durchmesser. Die aufgefundenen riesigen Blöcke wiegen bis zu 13 Zentner.



So endete dieses Kapitel weltgeschichtlichen Wahnsinns, der zu einem Verbrechen an Zehntausenden von Kindern geworden ist. Der nächste Kreuz- und Eroberungszug wurde wieder von einem deutschen Ritterheer unternommen. Eine damals zwischen dem Sultan von Ägypten und dem von Damaskus herrschende Freundschaft, brachte es dieser Zug fertig, Jerusalem zu erobern und zu unterwerfen. Später wurden die „Kreuzkämpfer“ wieder von Mameluken überfallen und aus dem Lande getrieben. „Und“, so sagt ein Geschichtsforscher, „nachdem das freibare Christentum gegen den Halbmond nichts mehr ausrichten können, wandte sich seine Hauptkraft gegen die Ungläubigen im Lande selbst, und es folgte jene Reihenfolge von Erbfeindschaften und Erbfeindschaften, die den folgenden Jahrhunderten ihren Stempel aufdrückte.“

Wägen! Wägen! Wägen!
Der ehrliche Ernst aus Rabenstein
 kommt mit seinem riesen-
 haften Winterlager nach
 Ein jeder wird in Staunen versetzt. Sie wieder-
 sehende Gelehrte! Wägenverkauf von
 fertiger Damen- und Herren-Garderobe im
 Hotel Kaiserhof in Rabenberg. Verkäufer: Emil
 Ernst, Hauptstraße 62, Tel. 1122 Rabenberg. Ver-
 kauf im kleinen Saal von Dienstag, 29. Novem-
 ber bis Donnerstag, 1. Dezbr. 1932. Uhrzeit von
 früh 8 Uhr bis abends 7 Uhr.
 In Spezialfällen kaufen Sie bei einer Riesenauswahl
 Winter- und Sommermäntel für Damen und
 Herren in allen Größen, Jacketts, Sport- und
 Smoking-Anzüge in neuesten Stoffen und bester
 Qualität, elegante Hüte und Hosen in Riesen-
 auswahl, Arbeitsgarderobe für alle Berufe.
Stoppdecken / Matratzenanlagen / Lederbekleidung
 Schauen Sie nicht den Weg. In einem wird Ihnen
 nie wieder geboten. Ein Versuch und Sie bleiben
 mein dauernder Kunde.
Karl Ernst Fiedler
 Hauptgeschäft: Rabenstein b. Chemnitz.
 Tel. 3823 Chemnitz.
 Mein Geschäft ist ein ehrliches Unternehmen
 und besteht seit 26 Jahren. 11/32

Unerhört billige Cigarren!

4 Schläger zu 5, 6, 7, 8 Pfg.

Ich habe es mir in den Kopf gesetzt, die Dresdner Raucher mit Cigarren zu versorgen, die einfach unerhört billig sind. Urteilen Sie selbst, ob mir das gelungen ist. Es handelt sich dabei um Cigarren von Grossformat und guter Qualität. Diese Schläger kommen nur zum Verkauf in meinen Geschäften.

Amalienstraße 9
 Landhausstraße 8

Johannes Richter.

Die neueste fahrende **RADIO-MODELLE** aller Firmen. Kelo Laden. — Schreiben Sie an Otto Staffel, Stephanienstr. 73, Dresden A 16.



Kleine Inserate finden in der Volksgrößte Verbreitung.

Mit modischem, reichen Pelzkragen und feinen Ärmeln präsentiert sich der ganz gefütterte Mantel aus dunkelblauem Winter-Velour **17⁵⁰**

Ein herrlicher Opossumkragen macht diesen ganz gefütterten Mantel aus marineblauem oder schwarzem Curl sehr begehrenswert **29⁵⁰**

Dieser moderne Mantel aus prachtvollem Winter-Bouclé, ganz auf Fuder und mit feiner Pelzkrawatte ist wirklich bildschön, und dabei märchenhaft billig! **13⁵⁰**

der Weg vom langgehegten Wunsch zur Erfüllung führt: HIN ZU

MESSOW & WALDSCHMIDT
 WILSDRUFER STRASSE

Nachdruck von Wort und Bild verboten

UFA PALAST
 WAISENHAUSSTR. 26

Heute Freitag
 die große Lustspiel-Premiere
Liebe auf den ersten Ton

Eine filmische Delikatesse nach Jigensteins „Kammermusik“

Musik: Milde Meißner

In den Hauptrollen:
 Kammersänger Carl Jöken • Lee Parry
 Lizzi Waldmüller • Johannes Riemann
 Hans Leibelt • Adele Sandrock

Regie: Carl Froelich

Kammersänger Carl Jöken ist am Freitag zu allen Vorstellungen persönlich anwesend und gibt auf Wunsch Autogramme

Konditorei Pfeiffer
 Kesselsdorfer Straße 26
 empfiehlt seine preiswerten Gebäcke
 Qualitätskuchen 6, 8, 10 u. 12 Pf.
 Spezialität: Halbmonde 30 Pf.
 Probieren Sie bitte meine **Weihnachtsstollen** von 2 Pf. an

Emil Göbel Dresden-A.
 Lederhandlung
 Zur Selbstanfertigung: Filzsohlen, schwarz, braun, weiß, Filzsohlen-
 futter, Sealskin, warme, weiche Eislegesohlen, Holzspanstoffel,
 Holzschuhe, Gummischuhe, Lederschuh, Lederschnall,
 Werkzeuge zur Schuhmacherei, alles zeitgemäß, billig
 Schuhputzmittel, Schuhseife, Lederriemen,
 Zwecke für Bergsteiger usw.
Am See 52, nahe Dippoldswaldauer Platz
 Filiale: Löbtau, Kesselsdorfer Straße 20

Kuchenjunge war mir neu, jetzt bin ich ihm für immer treu. Stellen — Kuchen — einwerfen, alles ist dort einwandfrei. **Wagt nicht über die Dresdner Volkszeitung**

DAS MACHT Freude-
 EIN WEIHNACHTSLOS GEWINNE IM WERTE VON **50 PF.**
450 000 RM.
ARBEITER-WOHLFAHRT
 Lose zu haben:
 Gewerkschaften — Konsumvereinsfilialen — Dresdner Volkshäuser — Volkshandlungen — Volksfürsorge — Volksgesundheit, Marieenstr. — Reichsbund der Kriegbeschädigten — Nähmasch.-Singer-Filialen — Vertrauensleute der Bezirke — Lindner-Geschäftsstelle, Ritscherbergstr. 6 — Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt, Pirnaische Straße 56.

Seit 1914
 kauften Sie noch nie so billig!
Hosen aller Art, in Riesenauswahl zu Einheitspreisen (1.75, 3.50, 5.00 usw.)
 „wie man sie nicht für möglich hält!“
Hosen-Ecke
 Schloßstraße, Ecke Koszarungasse, im 1. Stock
 Der Laden oben
 Die Preise unten